

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,40 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stadt- und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauentöne“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Koppreisezeitung 0,70 Goldmark, Restpreiszeitung 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (auflässig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gerechnet durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 18. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Diskontogesellschaft, Depositionskasse Lindenstraße 3

# Herriots Regierungsprogramm.

## Berständigung mit einem demokratischen Deutschland. — Amnestie im besetzten Gebiet. — Ruhrräumung nach Einführung des Sachverständigengutachtens.

Paris, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärung, mit der am Dienstag das Ministerium Herriot vor die beiden Kammern getreten ist, betont einleitend, daß die neue Regierung es für ihre Pflicht halte, das politische Wollen des französischen Volkes, wie es der Ausfall der Wahlen zum Ausdruck gebracht habe, in Taten umzusetzen.

### Im Innern wie nach außen

Die neue Regierung hat ein Ziel: dem Volke in der Arbeit und auf dem Wege des Fortschritts den Frieden und zwar zunächst den moralischen Frieden zu geben. Wenn das neue Ministerium sich entschlossen habe, die Gefangenschaft beim Vatikan nicht beizubehalten und das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat wieder in Anwendung zu bringen, so geschehe das keineswegs im Geiste der Verfolgung oder der Intoleranz. Es wolle damit lediglich die notwendige Unterscheidung zwischen den Gebieten der Religion und denen der öffentlichen Angelegenheiten wiederherstellen.

Nicht minder größeren Wert lege die Regierung darauf, Frankreich den sozialen Frieden zu geben. Um ihre Absichten durch Taten zu beweisen, habe sie bereits am Dienstag einen Gesetzesentwurf eingebracht, der von der

### allgemeinen Amnestie

nur die Hochverräter und diejenigen, die sich ihrer militärischen Dienstpflicht entzogen haben, ausschließe. Sie werde weiterhin die Wiedereinstellung der nach dem Streik von 1920 entlassenen Eisenbahner in die Wege leiten, und um die parlamentarischen Garantien wiederherzustellen, habe sie die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beantragt. Als ihre wichtigste Aufgabe sehe sie eine gründliche Reform der inneren Verwaltung an. Den Beamten verbiete die Regierung nicht, sich in Berufsverbänden zu vereinigen. Sie gewähre ihnen ausdrücklich das Koalitionsrecht, aber sie werde, wenn die Beamten dieses Recht gegen die Interessen der Volksgesamtheit mißbrauchen sollten, mit allen ihr nach Gesetz und Rechtsprechung zur Verfügung stehenden Mitteln einschreiten. Die Kammer werde sich schon in aller nächster Zeit über eine

### Reform des Wahlrechts

auszusprechen haben. Unter den gegebenen Umständen erscheine der Regierung die Arrondissements-Wahlen (Einmänner-Wahlkreisystem, Red. d. „V.“) mit entsprechenden Verbesserungen und ausreichenden Schutzmaßnahmen gegen Mißbrauch das klarste, gerechteste und laudable Wahlrecht. Um die völlige Angleichung von Elsaß-Lothringen zu beschleunigen, werde sie das Generalkommissariat aufheben und unter Schonung der berechtigten Interessen der Bevölkerung die Einführung der französischen Gesetzgebung in den wiedereroberten Provinzen fördern. In den zerstörten Gebieten werde sie mit allen Mitteln den Wiederaufbau seiner Vollaendung entgegenzuführen versuchen.

Ueber das soziale Programm verortet sich die Regierungserklärung wie folgt. In einer wahren Demokratie gebe es ein stabiles Gleichgewicht nur in der Bewegung. Deshalb werde das neue Ministerium die

### Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht antasten

lassen. Sie werde das Gesetz über den Achtstundentag aufrecht erhalten, das die materielle und moralische Situation der Festbesoldeten schon wesentlich verbessert habe. Sie wünsche die prompte Ratifizierung der auf den internationalen Arbeitskonferenzen von Washington und Genf zustande gekommenen Vereinbarungen.

Die Erklärung kündigt sodann die Beibehaltung und Modernisierung der staatlichen Industriemonopole, die Durchführung einer Sozialversicherung, die den wichtigsten Faktor der Produktion, den Arbeiter und Bauern, gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, die Anbilden des Alters und der Arbeitsunfähigkeit sicherstellen soll, und eine Reform des Bildungswesens an, die den Aufstieg in die höheren Schulen nicht mehr von dem Geldbeutel der Eltern, sondern von dem Können und den Fähigkeiten der Kinder abhängig macht.

Auf finanziellen Gebiete beabsichtigt die Regierung zunächst einmal eine Inventur der gegenwärtigen Lage aufzustellen, und dann mit allen Mitteln, insbesondere durch schärfste Kontrolle der Ausgaben und durch regere Einziehung der Steuern, das Gleichgewicht des Budgets herzustellen. Die Einkommensteuer soll zur Basis einer wirklich demokratischen Finanzpolitik gemacht und durch Einführung anderer direkter Steuern ein Abbau der Verbrauchsabgaben und insbesondere der Umsatzsteuern in die Wege geleitet werden.

Auf militärischem Gebiete soll im Zusammenhang mit einer gründlichen Reorganisation des Heereswesens, die den Lehren und Erfahrungen des Krieges Rechnung tragen wird, eine weitere Herabsetzung der allgemeinen Dienstzeit in die Wege geleitet werden.

Das

### außenpolitische Programm

wird eingeleitet mit der Versicherung, daß Frankreich jeden Gedanken an Annexionen und Eroberungen weit von sich weise. Was Frankreich wolle, sei der Friede sowohl für Frankreich selbst als auch für die anderen Völker. Die Regierung werde mit Festigkeit die Rechte verteidigen, die in den Friedensverträgen festgelegt seien. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen, und es mache darauf Anspruch im Namen der Gerechtigkeit. Sobald Deutschland seine Politik in den Fragen der Reparationen und der Sicherheit mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht habe, werde sein Eintritt in den Völkerbund nur noch von seinem eigenen Willen abhängig sein.

„Wir sind“, fährt die Erklärung fort, „Gegner einer Politik der Isolierung und der Gewalt, die zu militärischen Befehlungen und zur Ergreifung totaler Pfänder führt. Aber in Anbetracht des augenblicklichen Zustandes in Deutschland, in Anbetracht der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern auch andere Völker gegen eine neue Offensive des nationalistischen Allddeutschums zu schützen, glauben wir die Ruhr erst räumen zu können, wenn die von den Sachverständigen, deren Bericht wir ohne Hintergedanken annehmen, in Aussicht genommenen Pfänder samt ausreichenden und billigen Garantien für die lokale Erfüllung konstituiert und den für ihre Verwaltung vorgesehenen nationalen Organismen ausgehändigt sind. Wir sind weiterhin der Ansicht, daß im Interesse des Friedens die Entwaffnung Deutschlands überwacht werden muß, zunächst durch die Alliierten gemeinsam und dann sobald als möglich durch den Völkerbund. Das Problem der Sicherheit werden wir auf dem Wege von Garantieverträgen zu lösen haben, die ebenfalls der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden sollen. Um den Beweis unserer Friedensbereitschaft zu geben, gehen wir sogar darüber hinaus. Frankreich kennt keinen Haß.“

Unsere Regierung wird keine Schwäche kennen gegenüber denjenigen Elementen in Deutschland, die den Gedanken der Revanche und einer monarchistischen Restauration wiederaufleben lassen wollen, aber sie wünscht andererseits, die deutsche Demokratie zu stärken. Deshalb gibt sie schon heute einer Reihe von Maßnahmen des Wohlwollens ihre Zustimmung. Alle diejenigen, deren Strafen durch die Besatzungsbehörden suspendiert worden sind, sollen definitiv begnadigt werden. Die Amnestie soll auf alle politischen Verurteilten Anwendung finden, mit Ausnahme derjenigen, die Attentate gegen die Sicherheit der Truppen begangen haben. Die Aufhebung der Ausweisungen soll erfolgen für alle kleinen Beamten und Angestellten, die lediglich in Ausübung gewisser Befehle gehandelt haben.

Gewisse schwierige Fälle werden besonders geprüft werden. Heute wie morgen zeigen diese Beschlüsse, daß, wenn die deutsche Regierung nun ihrerseits die notwendigen Arbeiten beschleunigt, um den Sachverständigenbericht auszuführen, die französische Regierung den Bemühungen eines Deutschlands zu antworten versteht, das den Weg der Demokratie und des Friedens beschreitet.“

Sodann wendet sich die Regierungserklärung den Beziehungen zu Rußland zu. Tragische Ereignisse, Auffassungsunterschiede, die uns von der Moskauer Regierung trennen, lassen uns nicht vergessen, daß das russische Volk auf den gemeinsamen Schlachtfeldern gekämpft hat. Wir bereiten jetzt die

### Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland

vor, unter den Bedingungen, die uns der Respekt vor Verträgen auferlegt. Bevor wir eine Formel annehmen, die die Interessen Frankreichs schützen soll, müssen wir Vorsichtsmaßregeln ergreifen.

Vom ersten Tage an wird die neue Regierung handeln. Wir haben genau gesprochen und werden unseren Weg geradeaus gehen. Zur Erfüllung der schwierigen Aufgaben gibt es nur ein Aktionsmittel: „Ehrlichkeit“.

WB gibt die wichtigsten die Außenpolitik betreffenden Stellen folgendermaßen wieder:

Das vorausgeschickt erklären wir, daß unsere Regierung mit allen Mitteln dafür arbeiten wird, den Nationen, die das Vorbild

Frankreichs seien, einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden zu geben. Wir werden nach besten Kräften bei allen Völkern den demokratischen Geist ermuntern und unterstützen, auf den wir uns selbst berufen. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um den Völkerbund und sämtliche internationale Einrichtungen zum Zwecke der Sicherung oder des schiedsgerichtlichen Ausgleichs zu befestigen. Wir werden eine Politik gerechter Handelsabmachungen treiben. Um das Resultat zu erzielen, das wir anstreben, werden wir zunächst die Bande verstärken, die uns und unsere Alliierten und unsere Freunde vereinigen. Wir werden versuchen, ihre Interessen zu verstehen, wie wir von ihnen Verständnis für die unfertigen verlangen werden.

Wir werden ihnen mit solcher Evidenz den Friedenswillen und die Loyalität Frankreichs beweisen, daß sie sich mit uns darin verständigen, jene Garantien der Sicherheit zu gewährleisten, die der Sachverständigenbericht vorseht. Um Frieden zu schaffen, werden wir noch mehr tun. Frankreich weiß nichts von Haß; es genügt ihm, sich auf die Gerechtigkeit zu stützen. Unsere Regierung wird keine Schwäche kennen gegenüber denen, die in Deutschland es noch nicht aufgegeben haben, die Beiträge zu verweigern, den Geist der Revanche und den der monarchistischen Reaktion zu nähren. Aber sie wünscht, daß die deutsche Demokratie sich kräftige. Sie ist schon jetzt zu Maßnahmen des Wohlwollens bereit.

Nach den Erklärungen, die der französische Ministerpräsident schon vor der offiziellen Bekanntgabe seines Regierungsprogramms abgegeben hat, bedeutet dieses Programm keine große Ueberraschung mehr. Das gilt insbesondere für jene Stellen, die sich auf das künftige Verhältnis zu Deutschland beziehen. Sie sind zum Teil eine Wiederholung von schon Bekanntem.

Es ist begreiflich, daß sich die deutsche Rechtspreffe wegen des Unterschieds, den Herriot zwischen einem Deutschland der Demokratie und einem Deutschland des Monarchismus und der Revanche macht, sehr empfindlich zeigt. Aber es ist doch falsch, dem französischen Ministerpräsidenten deswegen den Vorwurf der Einnischung in die inneren deutschen Verhältnisse zu machen. So wenig es uns in Deutschland gleichgültig sein kann, ob in Frankreich die Kräfte des Imperialismus oben auf sind, die nach der Zerstückelung Deutschlands trachten, oder die Kräfte der Demokratie und der Verständigung, ebenso wenig kann es den Franzosen gleichgültig sein, wer in Deutschland am Ruder ist: diejenigen, für die der Weltkrieg der letzte Krieg war und die auf dem Wege unblutiger Entscheidungen eine Milderung der harten Friedensbedingungen erstreben, oder diejenigen, die auf allen Straßen prahlend verkünden, daß sie Frankreich siegreich schlagen wollen.

Selbst wenn verständige französische Politiker dem nationalistischen Kriegsgeschrei keine übermäßige Bedeutung beimessen, so sind sie doch genötigt, darauf Rücksicht zu nehmen, daß ihre Gegner, die, wie die entsprechenden Elemente in Deutschland von dem Unverstand der Massen leben, den deutschen Straßenlärm zu ihren Gunsten propagandistisch ausnutzen. Daher haben die Deutschnationalen und die Völkischen zu allererst ein Recht, sich über die Erklärung Herriots zu beschweren. Was an dieser Erklärung befriedigend und aussichtsreich erscheint, ist durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie möglich gemacht worden, alles, was noch nicht befriedigend ist, findet seine Grundlage und Stütze in der deutsch-national-völkischen Agitation.

Die neue französische Regierung verpflichtet die Freilassung der Ruhrgefangenen mit Ausnahme derjenigen, die Attentate gegen die Truppen begangen haben, und die Wiederzulassung der ausgewiesenen kleinen Beamten und Angestellten, die lediglich gegebenen Befehlen gehorchten. Damit werden die weitaus meisten Opfer des Ruhrkampfes der Freiheit und der Heimat wiedergegeben. Indes muß erwartet werden, daß auch mit dem peimischen Rest, der noch bleibt, bald reiner Tisch gemacht werden wird. Auch die verhältnismäßig Wenigen, die noch im Gefängnis und in der Verbannung bleiben, haben keineswegs aus ehrlosen Motiven gehandelt. Auch ihre Befreiung ist für ein demokratisches Frankreich eine Ehrenpflicht.

Sobald der Mechanismus des Sachverständigengutachtens in Gang gesetzt ist, soll mit der Räumung des Ruhrgebietes begonnen werden und soll Deutschland die Tür zum Völkerbund offen stehen. Selbstverständlich ist, daß zu-

gleich Ricum-Verträge, Regie und Zoll-Linie fallen müssen. Herriot nimmt das Gutachten „ohne Hintergedanken“ an; jene Maßnahmen werden aber im Gutachten selbst als unerlässliche Voraussetzungen bezeichnet.

Die Kontrolle der Abrüstung soll vertragsmäßig auf den Völkerbund übergehen. Ein Grund mehr für Deutschland, schnellstens seinen Eintritt anzumelden, der nicht mehr an irgendwelche besondere Bedingungen geknüpft ist.

Volle Amnestie aller Gefangenen und Vertriebenen, Aufhebung von Ricum, Regie und Zoll-Linie, Moratorium, auswärtige Anleihe, Begrenzung der deutschen Leistungen auf ein zunächst wenigstens erträgliches Maß, Einführung eines Systems, das die Neuanwendung von Sanktionen so gut wie ausschließt, gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands am Völkerbund, das alles sind Ziele, die jetzt nahe erreichbar liegen, wenn der Sachverständigenplan durchgeführt wird und wenn Deutschland auf unsinnige Revanchetreibereien verzichtet.

Wenn sich die Deutschnationalen und die Völkischen heute in lärmenden Angriffen auf die französische Regierungserklärung ergehen sollten, so haben sie allen Grund dazu. Denn wenn die französische Regierung auf den Wegen, die sie betreten hat, bis zum Ende weiter geht und wenn ihr eine verständige deutsche Regierung dieses Weitergehen ermöglicht, dann droht der deutschnational-völkischen Bewegung binnen kürzester Zeit der totale Zusammenbruch. Denn dann müssen ja auch den Blinden die Augen aufgehen darüber, wer recht gehabt hat: die Politiker der „Erfüllung“ oder die der Revanche!

Jeder außenpolitische Erfolg Deutschlands ist für diese Leute sicherer Vorbote ihrer innenpolitischen Niederlage.

Für uns Sozialdemokraten ist mit dem Kurswechsel in Frankreich eine Stunde gekommen, in der höchste Wachsamkeit und Aktivität geboten ist. Wir sind erfahren genug, um vorhandene Erfolgsmöglichkeiten nicht zu überschätzen, aber diese Möglichkeiten sind jetzt da, und wenn es gelingt, sie zu erfassen, so wird das ein Triumph des republikanischen Gedankens in Deutschland sein, dessen Träger und Vorkämpfer wir sind!

Ebenso wie das außenpolitische Program der neuen Regierung einen gewaltigen Fortschritt in Ton und Inhalt gegenüber den fünf letzten Jahren bedeutet, so atmet auch der innerpolitische Teil der Regierungserklärung einen ganz neuen, frischen Geist. Dieses innerpolitische Programm könnte tatsächlich auch von sozialistischen Ministern einer Koalitionsregierung bedenkenlos unterschrieben werden. Es entspricht sowohl dem Wortlaut jenes programmatischen Briefes von Herriot an Leon Blum, der unter dem lebhaften Beifall der Kongreßteilnehmer auf dem jüngsten sozialistischen Parteitag verlesen wurde, wie auch den Versprechungen, die der Linksbündel im Wahlkampf den Wählermassen gemacht hatte. Eine gründlichere Abkehr von den reaktionären Zielen des nationalen Blocks — denn die verflochtene Kammermehrheit war nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch reaktionär — ist kaum denkbar.

Zunächst wird das Versprechen der Amnestie erfüllt, die Tausenden von Verurteilten aus der Kriegszeit zugute kommen wird. Ebenso wie bei der Begnadigung der deutschen Opfer des Ruhrkampfes sind allerdings auch für die französischen Verurteilten gewisse Ausnahmen vorgesehen, die den Kommunisten zum Vorwand für einen Entrüstungssturm dienen werden. Aber die Begnadigung auch der Defektoren hätte wohl einen noch viel gefährlicheren Sturm der übrigen Parteien hervorgerufen, die darin einen Freibrief für künftige Desertionen erblickt hätten. Die ganze parlamentarische Konstellation zwingt offenbar Herriot bei aller Kühnheit seines neuen Kurses des französischen Sprichwortes eingedenk zu sein: „Das Bessere ist des Guten Feind.“

Trotzdem ist das Programm durchaus weitherzig und mutig. Die bisher hartnäckig verweigerte Wiedereinstellung von etwa 20 000 Eisenbahnern, die im Jahre 1920 nach dem verpfuschten kommunistischen Eisenbahnerstreik entlassen worden waren, wird angeordnet. Die Gewährung des Koalitionsrechtes für Beamte war eine der am heftigsten

umstrittenen Fragen der letzten Jahrzehnte. Die Regierung Poincaré war sogar so weit gegangen, den Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund durch Gerichtsbeschluss „auflösen“ zu lassen, weil er einzelne Beamtenkategorien gewerkschaftlich organisiert und einbezogen hatte. Jetzt gewährt Herriot den Beamten ausdrücklich dieses ihnen bisher verweigerte Koalitionsrecht.

Die Rückkehr zum alten Wahlsystem ist eine der Reformen, die am wenigsten auf Widerspruch stoßen dürfte, denn nach der Erfahrung der letzten Wahlen dürfte sich kein Finger mehr für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen unmöglichen Systems rühren, dessen Opfer im November 1919 die Linke, im Mai 1924 dagegen der Nationale Block selbst wurde.

Heftigerem Widerstand dürfte vor allem der Bruch mit der klerikalen Politik Millierands begegnen, der in der Aufhebung der Bottschaft beim Vatikan seinen schärfsten Ausdruck findet. Aber die Mehrheit des französischen Volkes legt dieser heiklen Maßnahme, die auf das außenpolitische Gebiet übergreift, eine fast symbolische Bedeutung bei.

Von entscheidender Wichtigkeit für die französische und für die internationale Arbeiterklasse sind die Sätze über die soziale Gesetzgebung und über die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, dessen moralischer und materieller Wert für das Proletariat ausdrücklich bestätigt wird. Jetzt, nachdem sowohl die englische wie die französische Regierung ihren Entschluß bekanntgegeben haben, das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren, wird auch die deutsche nicht umhin können, den gleichen Schritt zu unternehmen.

Sehr erfreulich sind die Sätze der Programmrede über die Reform des Bildungswesens, die einem gesunden demokratischen Empfinden entspringen. Desgleichen will sich die Finanzpolitik der neuen Regierung in jenen demokratischen Bahnen bewegen, die die reaktionäre großkapitalistische Mehrheit des Nationalen Blocks bewußt verlassen hatte. Am Interessantesten aber ist die Antinüchternung einer weiteren Herabsetzung der Militärdienstzeit, einer Maßnahme, die sicherlich in den breiten Massen des Volkes außerordentlich populär sein wird, die aber kaum einer Mehrheit im Parlament sicher wäre, wenn nicht ein General als Kriegsminister die Verantwortung für sie übernehme.

Zusammengefaßt: Frankreich ist zu einer Politik der Demokratie bereit — Deutschland muß es auch sein!

### Die Aufnahme in der Kammer.

Paris, 17. Juni. (Eco.) Die Beratung der Regierungserklärung Herriot in der Kammer wurde von seinen ersten Zwischenfällen unterbrochen. Die Linke nahm die Gesamtheit der Regierungserklärung ziemlich gleichmäßig auf, während die Rechte und das Zentrum stellenweise energische Protestdemonstrationen, die aber niemals häßlichen Charakter annahmen, kundgaben. Nur, als Herriot im Anfang seiner Ausführungen die Aufhebung der Bottschaft beim Vatikan ankündigte, kam es in der Mitte und Rechts zu einer längeren Unterbrechung. Die Linke äußerte ihren Beifall ganz besonders, als die Regierung die Entwidmung und Modernisierung der Staatsindustrie ankündigte. Auch die Ausführungen über die sozialen Versicherungen wurden beifällig aufgenommen. Als Herriot erklärte, die neue Regierung sei auf dem Wege der äußeren Politik der Politik der Gewalt abgesehen, die zu Besetzungen und Putschereignissen führe, kam es auf der Linken und äußersten Linken zu andauerndem Beifall. Als Herriot die Frage der Militärkontrolle berührte, rief von der Rechten der nationalistische General de Saint-Just dazwischen: Wer wird den General Kollé in Berlin erleben?, worauf von der Linken mehrere Stimmen dazwischenriefen: Sicherlich nicht! Die Linke Beifall erteilte die Ankündigung, daß die Regierung sich bestreben werde, die normalen Beziehungen mit Rußland wieder herzustellen.

Nach dem Präsidenten ergriff der Kommunist Cahen das Wort, um seine Interpellation zu entwickeln.

Vor Abgabe seiner eigenen Regierungserklärung verlor Ministerpräsident Herriot in der Kammer und Außenminister Renoult im Senat eine Botchaft des neugewählten Präsidenten der Republik Doumergue, die sich im wesentlichen mit seiner Dankrede unmittelbar nach der Wahl im Kongreßsaal von Versailles deckte.

### Krach bei den Deutschnationalen.

Prof. Hoersch als Dolchstoßer.

Es ist dem bekannten außenpolitischen Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“, Professor Otto Hoersch, sehr übel bekommen, daß er der Stimme der wirtschaftlichen und politischen Vernunft gefolgt ist. Er hat aus der Lage Deutschlands und dem Willen des Parlamentes die realpolitische Schlussfolgerung gezogen, daß nun endlich gearbeitet werden müsse. Er hat die kindische Bestreitung der Legitimation der Reichsregierung durch die intransigenten Deutschnationalen und Völkischen mit einer Handbewegung beiseite geschoben und auf die Lebensnotwendigkeiten des besetzten Gebietes und der Wirtschaft verwiesen. Das war allerdings die glatte Anerkennung der Richtigkeit der Stellung der Regierung — und vor allem der Sozialdemokratie! — zu dem Sachverständigengutachten, wenn sie auch verschleiert war durch die Anmeldung deutsch-nationaler Rechtsansprüche.

Diese Stellungnahme eines Realpolitikers, der über der deutschnationalen Phrase nicht alles Verantwortungsgefühl für die Zukunft Deutschlands verloren hat, verletzten Herrn Max Maurenbrecher in einige Erregung. Zunächst polemisierte er in der „Deutschen Zeitung“ indirekt gegen Hoersch, und gab ihm einige Anzüglichkeiten wie „jüdische Hase“ und „unwürdiger Wettlauf“ zu schmecken. Nachdem wir uns aber erlaubt haben, darauf hinzuweisen, daß die Stellung von Hoersch eine klatschende Ohrfeige für das Agitationsgeschrei der Deutschnationalen gegen Gutachten und Erfüllungspolitik bedeutet, fährt der Prophet der alleinigmachenden echt deutschnationalen Außenpolitik in der „Deutschen Zeitung“ schweres Geschütz auf:

„Wir gaben damals der Erwartung Ausdruck, daß Herr Hoersch die erste Gelegenheit benutzen würde, um den Gerüchten entgegenzutreten, daß er öffentlich in den Fraktionsbeschlüssen abtrübe, für die Annahme des Sachverständigengutachtens eintrete und seine Durchführung für möglich halte. Eine solche Gelegenheit bot sich in der regelmäßigen Wochenschau, die Prof. Hoersch in der „Kreuzzeitung“ zu veröffentlichen pflegt. Zur großen Ueberraschung weiter deutschnationaler Kreise hat Prof. Hoersch diese Gelegenheit nicht nur nicht benützt, sondern die ihm unterstellte Auffassung sogar noch unterstrichen.“

Es ist nicht unsere Sache, für die Disziplin in der deutschnationalen Fraktion zu sorgen. Dem Standpunkte bewußt nationaler Politik scheint es uns jedoch schwer erträglich, daß die Abwehrfront gegen die Annahme und Durchführung des Erpreßediktals und Verflavungsplanes durch offizielle Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen in dieser bedenklichen Weise geschwächt wird.“

Max Maurenbrecher ruft also nach der Disziplinierung von Otto Hoersch. Es entbehrt nicht der Bizarrie, daß damit ausgerechnet der „Kreuzzeitung“ der Vorwurf des Dolchstoßes von hinten gegen die „nationale Abwehrfront“ gemacht wird. Was wird Herr Hoersch nun tun, und was die zum Einschreiten provozierte deutschnationalen Reichstagsfraktion?

Dieser eine Konflikt zeigt die Gegensätze und die innere Zerrissenheit in der deutschnationalen Partei und Fraktion: gegen die wenigen Deutschnationalen, die sich bemühen, sich wenigstens bei der deutschnationalen Politik etwas zu denken, stehen die Heiden der blutrünstigen Agitationsphrase. In derselben Nummer der „Deutschen Zeitung“, in der der große Barrn gegen den Dolchstoßer Hoersch gefordert wird, schreibt der bekannte Hezgenerale des seligen Reichslügenverbandes, Liebert:

„Wollen wir überhaupt aus der Verflavung, der Schande und Unfreiheit emporspringen, so brauchen wir einen starken Staat, einen Bundesgenossen, der Waffen und Munition liefert, und den uns die Diplomatie schaffen muß, endlich eine große Idee, die alle mit fortzieht. Solange diese notwendigen Faktoren fehlen, heißt die Lösung: Hassen und Schweigen!“

Das ist die Tonart, die in Wahrheit den Kurs der Deutschnationalen bestimmt. Herr Hoersch bemüht sich umsonst, den Deutschnationalen ein Gesicht zu geben. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.

### Der Schiefplatz.

Von Karl Sukert.

Immer wenn der Schiefplatz das Ziel des Marzches war, stiegen grausame Gedanken in mir auf. Die große Sandfläche lag vor mir; schon so mancher Schweißtropfen tränkte den Boden, und immer mehr sollten ihn gespickt werden. Figuren waren auf ihm aufgebaut, die feindliche Menschen darstellen sollten, und die blinde Zerstörungswut des Militarismus hieß die Soldaten, auf diese Figuren zu zielen, um sie mit mörderischen Kugeln zu durchbohren. Es sollte eine Übung dafür sein, wie die Waffen zum Vernichten richtiger Menschen angewendet werden müssen. Und wehe denjenigen Marschführern, die ihre „Pflicht“ nicht erfüllen. Unerbittlich wurden sie nachher im Sonnenbrande hin und her gehetzt, als Strafe dafür, daß sie ihre Waffen nicht richtig gebraucht haben. Jahre und Jahre ging es so; der Schiefplatz sah keine frohen Menschen, nur wulstbrannte Offiziere und Unteroffiziere jogten, Henterschnacken gleich, wehrlose, unfreie Sklaven, auf ihm herum. Kein Baum, kein Strauch, keine Blume, nicht einmal ein Grashalm zierde die öde Fläche. Tot und verlassen lag das weite Sandmeer da, wenn die Soldaten wieder abgerückt waren. Der Schiefplatz konnte nicht einsehen, daß das Treiben des Militarismus, dem er diene, eine nutzbringende Tätigkeit sei.

Langsam ist vergangen, bis ich den verhassten Platz eines Tages wieder sah. Wie hat er sich verändert! Nicht mehr grau und mürrisch, wie er in meinem Gedächtnis haftete, sondern frisch und munter lag er vor meinen Blicken. Die neue Zeit hat es verstanden, mit ihm eine Wandlung vorzunehmen, die er früher wahrscheinlich nicht zu träumen wagte. Weiße grüne Flächen drehten sich jetzt auf ihm aus, Bäume und Sträucher belebten ihn, und junge kräftige Menschen tummeln sich im fröhlichen Spiel und im Kampf um freudliche Ziele auf ihm herum. Der Platz domt nicht mehr den Lehungen verderblicher, Leben und Kultur vernichtender Nordwaffen, sondern dem Leben und Kultur fördernden Sport und Spiel. Kinder, die nicht das Glid haben, ihre Ferienzeit fern der großen Stadt zu verbringen, können jetzt auf dem alten Schiefplatz Licht und Sonne genießen. Viele von ihnen kennen die Vergangenheit des Platzes gar nicht, sie werden nur durch das Auffinden der wohl noch zu Millionen herumliegenden Kugeln aufmerksam, und ihnen muß es eingepreßt werden, daß sie diesen Platz nie mehr für seine frühere Verwendung hergeben dürfen. Ihnen muß es zum Bewußtsein gebracht werden, daß schon dieser eine verwendete Platz den Menschen bessere und größere Dienste erweist als alle Schiefplätze der ganzen Welt.

### Uraufführung „Limo“ von Paquet.

Der Uraufführung des „Limo“ von Alfons Paquet im Landestheater in Stuttgart sah man nach dem Berliner Erfolg des Dichters mit Interesse entgegen. Das bereits 1913 geschriebene und als „dramatisches Gedicht“ angekündigte Werk mit dem Untertitel „Der große, beständige Diener“ hält jedoch einen Vergleich mit den „Fahnen“, in denen sich die kämpfende Gegenwart aus einem historischen Vorgang formte, nur sehr schwer aus. Wir fahren ins Reich der Phantasie, in eine zeitlose, possitivistisch-ästhetische Dichtung, wir sehen das Rätseln des buddhistischen Gottes, von dem wir nicht wissen, ob es die Trauer, ob es den Reichtum der Philosophie in sich birgt. Bunt mit Worten gefärbt, lyrisch und voll sprachlicher Schönheiten ist diese Romantik rein und abstrakt; aber wir wissen darum auch nicht, welche Ideen dieses Lied von der großen Treue erfüllen. Ist es der Abnennulst, ist es der große Verzicht, ist es das Himmelsopfer des Leibes, aber ist es das ewige Schweigen, dem sich dieser Diener der Wahrheit opfert? Vielleicht sind es die schönen Verse:

„Es bannen die Menschen  
Nur Leid und Schweigen  
Das drohende Böse“

die am reinsten den kampflösen Sinn des Gedichtes wiedergeben. Limo, der treueste der Diener, Statthalter des Kaisers, stirbt, vom Kaiser verworfen, den Tod durch Henterschnack. Liso, Sohn des Bestirzten, empört sich wider das grausame Gericht, aber Vaterrecht läßt das eigene Blut zerfließen; Limo und Liso gehen gemeinsam ins Nichts. Tonala, die junge Liebesblüde des Sohnes, folgt ihnen nach in das Rätsel des Schweigens. Der Kaiser, aufs tiefste beunruhigt, den die Treue des Dieners „wie Feuer brennt“, durch Zeichen und Zweifel geschreckt, irrt in Zwielsprache mit Ahnen, Gott und sich auf seinem Thron. Blumenleber und erotische Opfergaben umranken den ersten Teil. Nach der Pause fällt maites Bühnenlicht in das Reich des „ganz Alten“ und der Toten, in dem die Schatten — ein China homers — halb unbefreit fliegen. Das große Himmelsopfer des Kaisers, das Veröhnungsfest der Natur, ist noch nicht angebrochen. Die Statue Limos vom Blage schleudernd spottet der unerlöste Kaiser nach der Wandlung. Endlich aber, durch Geistererscheinung Limos, geschieht sie, und eine befreite Idee umblüht uns in Dabel.

Was alles stellt der Regie die heterogensten Aufgaben. Der Inszenierung Dr. Harnischs gelang es im wesentlichen doch, zwischen Turandot, Bolantolena und Lagore eine phantastische Einheit zu geben. Besonders zu loben ist die Sprachregie, nur das die Behandlung der Chöre, die der Dichter auch ergiebig verwendet hat, mehr auf Stufen gehen sollte. Ueberordentlich schön waren die Bühnenbilder des hochbegabten Felix Chioffet. Die von Alexander Breuhm geschriebene Musik, die die Darstellung vielleicht erst ermöglichen, gab in Geigen und Schellen dem Mythischen Geleit. Das Publikum, überrascht durch die Fülle der Bilder, rief mehrfach den Dichter.

Hans v. Zwehl.

Im unbekanntem Arabien. Der britische Kapitän R. E. Cheesman ist soeben von einer Forschungsreise in Arabien zurückgekehrt, auf der er die unbekanntem Gebiete des Sultan von Reib besuchte. Nur von einem arabischen Träger begleitet und von Führern unterstützt, die ihm der Sultan stellte, glückte es ihm, die große Südwüste von Korden bis zu der geheimnisvollen Dale von Jabrin zu durchqueren und damit eine Gegend zu erschließen, die für die Geographen lange ein Rätsel gewesen ist. Die letzten sechs Tage seiner Reise nach Jabrin führten durch eine wasserlose Wüste, und das Wasser mußte in Fellen mitgeführt werden. Der Forscher sammelte interessante Tiere und Pflanzen der Wüste, die für die Wissenschaft ganz neu sind. Auch geologische und kartographische Aufnahmen hat er gemacht. Die Beduinen, die diese unzugängliche Gegend bewohnen, sind die Ahl Murra, ein Nomadenstamm, von dem bisher sehr wenig bekannt war. Es sind Menschen, die noch auf einer sehr primitiven Kulturstufe stehen und in ihrer Art des Hausens wie in ihrer Kleidung an die Menschen der Steinzeit erinnern. Sie gelten als sehr räuberisch, aber Kapitän Chiesmann, der von dem Sultan an sie empfohlen war, wurde von ihnen gut aufgenommen und weilte sechs Tage in ihrer Mitte. Eine wichtige Entdeckung, die ihm gelang, war die einer Trümmerstätte, die zweifellos die des alten phönizischen Hafens am Persischen Golf Jerra ist. Andere Reisende, die nach dieser Stätte suchten, waren bisher nicht in stande, sie festzustellen. Jerra war der Mittelpunkt des frühesten Handelsweges, der vom Westen nach Osten führte. Das Gebiet, in dem die Ruinen sich befinden, ist etwa 1½ Kilometer lang und ¼ Kilometer breit. Es sind Ruinen von großen Häusern und Straßen, deren Verlauf noch klar zu erkennen ist. Auf dem alten Weg, den vor Jahrtausenden die Reisenden mit Kamelen durch die Wüste zurücklegten, brauchte man sechs Wochen, während jetzt die Kraftwagen, die die Wüste weiter nördlich auf dem Wege Haifa—Bagdad zurücklegen, 16 Stunden brauchen.

Wie man mit der Nase schmeckt. Jedermann hat schon einmal die Erfahrung gemacht, daß man bei einem heftigen Schnupfen weniger Appetit hat. Das liegt darin, daß man den Geruchsinne einbüßt, der den Wohlgeschmack der Speisen und damit den Appetit stark erhöht. Tatsächlich spielt der Geruch bei der Aufnahme der Speisen eine so große Rolle, daß man geradezu „mit der Nase schmecken kann“. Wie sich dies odoriert, wird in „Reclams Universalum“ anschaulich dargestellt. Die Geschmacksknospen, die sich auf dem Rücken und an den Rändern der Zunge, sowie auf weichen Gaumen, dem Deckel des Kehlkopfes und im Kehlkopf befinden, können nach den Ergebnissen der Wissenschaft nur süß, sauer, bitter und salzig empfinden. Es ist also falsch, wenn man von einem würzigen oder aromatischen Geschmack spricht; denn dabei handelt es sich nicht um einen Geschmack, sondern um eine Geruchsempfindung. Man kann bei verschlossener Nase ein Stück Apfel und ein Stück Zwiebel durch den Geschmack allein gar nicht unterscheiden, und das Gleiche läßt sich bei Rot- und Weißwein sowie bei sehr vielen Geruch- und Nahrungsmitteln feststellen. Wie kommt es nun, daß man mit der Nase schmeckt? Der Geruchsinne hat zunächst die Aufgabe, über-

## Auswärtiger Ausschuss und APD.

### Die Vertraulichkeitsfrage.

Der Auswärtige Ausschuss hat gestern, wie schon gemeldet, einen Antrag Westarp angenommen, der den Ausschluß der Kommunisten und zu diesem Zweck eine Änderung des § 28 der Geschäftsordnung zum Ziel hat. Der Antrag, für den die Sozialdemokraten nicht stimmten, wird das Plenum beschäftigen.

Der Auswärtige Ausschuss befindet sich allerdings in einer schwierigen Lage. Die Vertraulichkeit seiner Verhandlungen ist durch die Verfassung gewährleistet. Sie wurde eingeführt zur Stärkung des Parlaments, um eine Stelle zu schaffen, an der die Regierung dem Reichstag unter allen Umständen in allen außenpolitischen Fragen reinen Wein einzuschenken gezwungen ist. Tragt der Ausschuss öffentlich oder ist seine Vertraulichkeit nicht hinreichend geschützt, so kann die Regierung immer erklären, sie könne keine Auskunft geben, weil durch ihr Bekanntwerden deutsche Interessen gefährdet würden.

Die kommunistischen Abgeordneten sind von ihrer Zentrale verpflichtet, über alle parlamentarischen Verhandlungen, an denen sie beteiligt sind, seien sie auch noch so geheim, Bericht zu erstatten. Im Ausschuss zur Erklärung aufgefordert, versteckten sie sich hinter zweideutige Redensarten. Daraus erklärt sich, daß der Antrag Westarp mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde.

Die Sozialdemokraten stimmten nicht für den deutsch-nationalen Antrag, weil sie in der Ausschließung einer ganzen Fraktion aus einem Ausschuss keinen richtigen Ausweg erblickten. Wird aber der Antrag Westarp, wie zu wünschen ist, vom Plenum abgelehnt, so bleibt der Auswärtige Ausschuss als Stätte vertraulicher Beratung tatsächlich außer Funktion.

Ein klarer Zustand würde erst erreicht, wenn der Ausschuss, solange die Vertraulichkeit seiner Beratungen nicht gesichert ist, jedesmal die Öffentlichkeit beschließen würde — wozu Zweidrittelmehrheit gehört — die wirklich vertrauliche Aussprache aber in Führerbesprechungen verlegt würde, zu denen die Regierung Abgeordnete einladet, von denen sie weiß, daß sie Wort halten. Ein anständiger Mensch nimmt an vertraulichen Beratungen nur dann teil, wenn er auch entschlossen ist, die Vertraulichkeit zu respektieren.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses kam der Konflikt mit Rußland wegen des Vorfalls mit der Handelsmission zur Sprache. Ein Bericht darüber ist zweifellos schon nach Moskau unterwegs. Man darf nur hoffen, daß alle, die sich an der Debatte beteiligten, sich dessen bewußt waren, daß jedes ihrer Worte sofort nach Moskau weiter getragen werden würde. Man darf nur hoffen, vermuten darf man nicht, denn die Beratungen waren ja — „vertraulich“!

Der Revers, den die kommunistischen Reichstagskandidaten vor ihrer Aufstellung zu unterzeichnen hatten, besagt an der entscheidenden Stelle:

Infolge dieser grundsätzlichen Einstellung zum Parlament gibt es für den kommunistischen Abgeordneten kein Schwellengebot und keine sogenannten „diplomatischen Umschweife“ für Senatssitze, die er als Abgeordneter in Parlamentsausschüssen, in Kommissionen erlangt. Der kommunistische Abgeordnete hat vielmehr den Schwund der „Geheimnisse“ und den Feindschaftscharakter des bürgerlichen Parlaments rücksichtslos zu entlarven. Der kommunistische Abgeordnete verpflichtet sich, seine Kenntnisse und Erfahrungen, sein Wissen, das er in Verbindung oder bei Ausübung seines Abgeordnetenmandats erlangt, mit allen Konsequenzen in den Dienst des revolutionären Klassenkampfes zu stellen und mit seiner ganzen Arbeitskraft, mit Aufopferung und Hingabe seiner Person, restlos dem kämpfenden Proletariat zu dienen.

Wenn Stoedcker demgegenüber den Anschein zu erwecken versucht, als ob die Kommunisten im Auswärtigen Ausschuss die Vertraulichkeit der Verhandlungen respektieren wollten, so spielt er ein Doppelspiel, wie es eben nur bei den Kommunisten üblich ist.

Die Aufhebung der Ausreisepetere hat in der ganzen Schweiz, die nun wieder ihre reichsdeutschen Sommergäste bekommt, große Befriedigung ausgelöst.

haupt alles Ekelhafte und Widerliche als ungenießbar abzusehen; er dient als Kontrollspöken. Ist die Nahrung im Munde, so wird sie durch den Speichel flüssig gemacht und gelangt in die Gegend der Geschmacksknospen, die eine leitende Verbindung mit dem Gehirn haben. Bei jedem Rauchen und Schlucken wird nun ein Luftstrom nach dem oberen Teil der Nasenhöhle erzeugt, in dem sich die Geruchszellen befinden. Diese nehmen die Reizstoffe auf und leiten ihre Wahrnehmung zum Gehirn weiter. Im Gehirn werden dann die Eindrücke des Geschmacks und Geruchs kombiniert, und so entsteht das, was man im gewöhnlichen Leben als Geschmackswahrnehmung bezeichnet, was aber zugleich auch ein Geruchsreiz ist.

Der Film in der Schule. Im neuesten „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ werden Mitteilungen der Regierung Frankfurt a. d. O. über die Verwendung von Lichtbildern in den Schulen veröffentlicht, die auch für die breitere Öffentlichkeit von Interesse sein dürften.

Die Nachrichten über die Verwendung von Lichtbildern in den Schulen zeigen, daß den Kindern überall Lichtbilder gezeigt oder doch zugänglich gemacht und schon reiche Erfahrungen gesammelt worden sind. Die gewonnenen Ergebnisse sind sehr verschieden. Während einige Schullehrer vor einer Ueberschätzung der Lichtbilder wegen ihres geringen Wertes für die Willensbildung und der Gefahr einer gewissen Begünstigung der Oberflächlichkeit warnen, messen die meisten Schullehrer der Verwendung von Lichtbildern einen hohen Wert bei, so daß Mühe, Zeit und Kosten unbedenklich aufgewendet werden dürfen. Jedoch teilen sich diese Anhänger des Lichtbildes in solche des stehenden und solche des laufenden Bildes.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Weitergabe von Anregungen haben sich in einigen Kreisen Spielgemeinschaften gebildet, die sich wirksam zu Kreislichtspielstellen zusammenschließen. Diese können neben ihren allgemeinen Aufgaben auch Herstellung und Austausch heimatkundlicher Bilder übernehmen. Zur Ausbildung von Bildvorführern besteht bereits in Berlin ein Filmseminar des Deutschen Lichtspielbundes. Ferner wendet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht zu Berlin dem Lichtbildwesen besondere Pflege zu.

Auf der Jubiläumsexposition des „Sturm“. Volkshamer Str. 134a. sind Werke der ungarischen Expressionisten Katal Bernath (Landschaft, Naturstudie und Tempel) und Benjamin Penecz (Malerie) sowie Kunstwerke des deutschen Expressionisten Wolf Daeber-Saar ausgestellt. Ferner Sturmgenossenschaft.

Der Volks-Gesetz. Den die Goethe-Gesellschaft in sechs Bänden vor dem Kriege im Antiquarhandel erschienen ließ, soll verbessert und vermehrt neu herauskommen.

Wiederabgeben des Goetheanams in Dornach. Die Theologen wollen den vor einigen Jahren abgedruckten Theophrasttempel, des sogenannten Goetheanum in Dornach (Schweiz), wieder aufbauen. Der Theophrastführer Dr. Kleiner hat sich zu diesem Zweck an das Baudepartement von Solothurn gewandt und diesem die neuen Pläne vorgelegt.

## Der Reichsbeamtentag.

### Die Forderungen der sozialdemokratischen Beamten.

Der zweite Tag begann mit der Fortsetzung der Diskussion über die Referate der Genossen Müller und Wieprecht. Nach dem Schlusswort des Gen. Wieprecht wurden Anträge folgenden Inhalts einstimmig angenommen:

Beförderung von Kriegsschadigten ohne Zurücklegung wegen ihrer Kriegsverletzungen.

Sicherung der Beamtenrechte bei der Umstellung der Reichsbahn auf Grund des Sachverständigengutachtens.

Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte gegenüber den Beamtinnen, die vom Abbau betroffen werden.

Protest gegen die letzte Beförderungsregelung und die Forderung, daß das Spannungsverhältnis zwischen den unteren und oberen Gruppen auf das Verhältnis im ersten Beförderungsgehalt zurückgeführt wird.

Zuerkennung der Rechte und Pflichten der Landesbeamten auch an die Schulpolizeibeamten.

Vorschußzahlung für die Beamten der unteren Klassen auf Grund der Beförderungsregelung noch im laufenden Monat.

Hierauf berichtete Gen. Wäger über die „Organisationsfragen“. Er führte aus, daß die Inflationsperiode sich auch in der organisatorischen Entwicklung der Beamtenbewegung außerordentlich bemerkbar gemacht hat. Nach Stabilisierung der Verhältnisse wird nun wieder „Der freie Beamte“ ab 15. September erscheinen und damit den Funktionären ein wirksames Agitationsmittel in die Hand gegeben. Für eine genügende Abonnentenzahl habe die Beamtenschaft Sorge zu tragen. Monatlich soll Material über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion an die Bezirke geschickt werden. Die Tätigkeit der Beamtenschaft könne sich nicht so auswirken wie das im Interesse der Partei und der Beamtenschaft wünschenswert wäre. Diesem Uebelstande soll in Zukunft durch eine enge Verbindung mit Parteivorstand und den Fraktionen abgeholfen werden. Während in Sachen sich die Organisation vorbildlich ausgewirkt hat, traf das auf den größeren Teil der anderen Bezirke nicht zu.

Durch Einstellung abgebauter Beamtengenossen

werde den Bezirksorganisationen Gelegenheit gegeben, Beamtenorganisation und Agitation in wirksamer Weise zu unterstützen. Besonderer Wert müsse darauf gelegt werden, daß die Beamten sich mehr als bisher innerhalb der Partei betätigen. Die Bezirksbeamtentagungen, die sich bisher gut bewährt haben, seien in Zukunft gemeinsam mit den Bezirkstagungen abzuhalten. Einem allgemeinen Wunsch der Beamtenschaft, Reichsbeamtentage anzuberäumen, soll in Zukunft Rechnung getragen werden, da nach den bisherigen Erfahrungen ein dringendes Bedürfnis dazu vorliegt. Der gewünschten Herstellung von neuem Werbematerial soll in Zukunft Rechnung getragen werden; auch ist die Herausgabe eines Beamtenhandbuchs für die Beamtenschaft in Aussicht genommen. Voraussetzung für eine wirksame organisatorische Arbeit sei die enge Verbindung zwischen der Bezirksorganisation und den Beamtenschaftskreisen. Bei einer sachgemäßen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Anwendung der Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der Beamtenschaft werde auch ein erfolgreiches Arbeiten möglich sein.

Eine größere Anzahl Anträge wird dem Parteivorstand als Material überwiesen.

In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß eine Umformung des zurzeit bestehenden Beamteneinrats unbedingt erforderlich sei. Ein entsprechender Antrag wurde angenommen.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Tagung geschlossen.

## Die Opfer des Ruhrkampfes.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie wir bereits gemeldet haben, die Einlegung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert, der 1. die Richtlinien für die Betreuung der Opfer des Ruhrkampfes nachprüfen und die Beschwerden sichten, 2. Hilfsmaßnahmen für die wirtschaftlich Geschädigten vorschlagen und 3. der Wohnungsbeschaffung keine besondere Aufmerksamkeit schenken soll.

Ueber die Hilfsaktion für die Opfer des Ruhrkampfes erfahren wir aus dem Ministerium für die besetzten Gebiete, daß über die grundsätzliche Befolgung der Richtlinien keine Beschwerden vorliegen. Die Beschwerden betreffen in der Hauptsache nur die Handhabung der Richtlinien durch gewisse örtliche Unterorgane, wie das auch schon früher bei vielen Hilfsmaßnahmen für das besetzte Gebiet der Fall war.

Bei den Maßnahmen für die wirtschaftliche Sicherstellung der Zurückkehrenden handelt es sich in erster Linie um die Sorge für die Geschäftsleute und freien Berufe, da die Beamten ihre Gehälter weiter beziehen und bei Wohnungsbeschaffungen durch ein gefestigtes Verfahren auf Grund des Dispositionsleistungsgesetzes schadlos gehalten werden. Für die Geschäftsleute und freien Berufe ist eine Regelung im Werden, die zunächst einmal mit Zuschüssen Hilfe schaffen will.

Die schwierigste Aufgabe liegt in der Frage der Wohnungsbeschaffung. Es lehren Tag für Tag Gruppen von Eisenbahnern, meist etwa 100 Mann stark, ins besetzte Gebiet zurück. Die Zurückgekehrten sprechen auf den Rathhäusern vor und verlangen zunächst Wohnung, da ihre bisherigen Wohnungen von Regiereseisenbahnern benutzt werden. Es gibt dabei oft unerquickliche Szenen, wie gewisse Vorfälle in Koblenz, Bonn und Düsseldorf zeigen. Nun hat das Reich im besetzten Gebiet bis vor kurzem eine große Bautätigkeit entfaltet. Es wurden eine Reihe von Wohnungsbauten für die Besatzung ausgeführt, die von der Besatzung nicht in Anspruch genommen werden, zum großen Teil aber aus Mangel an Mitteln nicht fertiggestellt werden konnten. Der neue Reichsetat sieht hierfür ebenfalls keine Mittel mehr vor. Diese Bauten sollen nun an die Gemeinden oder an Baugenossenschaften verkauft und der Erlös aus dem Verkauf soll für die Fertigstellung der Bauten verwendet werden. Das ist der einzige Weg, die furchtbare Wohnungsnot im besetzten Gebiet zu beheben. Die Wohnungsämter haben vor kurzem noch die besondere Anweisung erhalten, die zurückkehrenden Opfer des Ruhrkampfes bei der Vergabe von Wohnungen in erster Linie zu berücksichtigen.

Amsterdam 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Transportarbeiterverband hat auf Veranlassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eine internationale Aktion für die Freilassung der zu Gefängnisstrafen verurteilten deutschen Eisenbahner im besetzten Gebiet eingeleitet. Nach einer Denkschrift des Verbandes der deutschen Eisenbahner befinden sich allein im Gefängnis zu Mainz 32 Eisenbahner, die insgesamt zu 92 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. (Ein Teil ist inzwischen freigelassen worden.) Der Internationale Transportarbeiterverband hat seine nationalen Organisationen ersucht, bei ihren Landesregierungen ihren ganzen Einfluß für die Befreiung der deutschen Eisenbahner aufzubieten.

Amsterdam 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Transportarbeiterverband hat auf Veranlassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eine internationale Aktion für die Freilassung der zu Gefängnisstrafen verurteilten deutschen Eisenbahner im besetzten Gebiet eingeleitet. Nach einer Denkschrift des Verbandes der deutschen Eisenbahner befinden sich allein im Gefängnis zu Mainz 32 Eisenbahner, die insgesamt zu 92 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. (Ein Teil ist inzwischen freigelassen worden.) Der Internationale Transportarbeiterverband hat seine nationalen Organisationen ersucht, bei ihren Landesregierungen ihren ganzen Einfluß für die Befreiung der deutschen Eisenbahner aufzubieten.

Preußen und Thüringen. Auf eine sozialdemokratische Anfrage erwidert der thüringische Staatsminister Leuthäuser, daß die thüringische Regierung weder mit Preußen noch mit Bayern wegen eines Anschlusses des Landes Thüringen an eines dieser Länder Verhandlungen gepflogen habe. Die thüringische Regierung stehe auch den Gerüchten vollständig fern.

## Verschiebung der Reichstagsitzung?

Für die nächste Reichstagsitzung war der 24. Juni in Aussicht genommen. Der Reichstagspräsident Waltraf hat den dringenden Wunsch, an diesem Termin festzuhalten, und er wird darin von verschiedenen Parteien, auch von seiner eigenen, der Deutschnationalen Volkspartei, unterstützt. Andererseits sind aber auch Wünsche wegen Verschiebung der Sitzung an den Präsidenten herantreten. Die wichtigsten Gründe, die zu dem Sachverständigen-gutachten gehören und an deren Fertigstellung beschleunigt von der Reichsregierung gearbeitet wird, werden voraussichtlich kaum vor Mitte Juli für die Einbringung an den Reichstag reif sein, da darüber vorher auch noch mit den Vertretern der Alliierten verhandelt werden muß. Präsident Waltraf wünscht trotzdem den baldigen Wiederauftreten, da der Reichstag zunächst Arbeitsstoff durch eine große Reihe von Anträgen und Interpellationen hat und auch anzunehmen ist, daß inzwischen der Reichshaushaltsaus-schuss einige Kapitel des Reichshaushalts zur Verhandlung im Plenum vorbereitet haben wird. Der Präsident hat, um den Termin der Plenarsitzung zu bestimmen, den Restenrat des Reichstages auf Mittwoch nachmittag berufen.

## Treibereien gegen Scheidemann.

### Koalitionsschluppe in Kassel.

Kassel, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Kasseler Stadtverordnetenversammlung hatten am Montagabend die Deutschnationalen und Völkischen einen Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister Scheidemann eingebracht, um einen Teil der Versprechungen einzulösen, die sie ihren Wählern vor dem 4. Mai gegeben hatte. Der Antrag wurde, da sich die Demokraten und das Zentrum völlig ins Schlepptau der Reaktion nehmen ließen und sich der Stimme enthielten, mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen. Trotzdem ist es der Reaktion, da die Stadtverordnetenversammlung 55 Stadtverordnete zählt, nicht gelungen, die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung für ihr Mißtrauensvotum zu gewinnen. Vielmehr vereinigten sich auf einen sozialdemokratischen Antrag, der in seinem Inhalt eine Vertrauens-erklärung für den Oberbürgermeister enthielt, mehr Stimmen als auf den deutschnationalen Mißtrauensantrag. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion richtete daher zum Schluß seiner Ausführungen die Bitte an den Oberbürgermeister, an seiner Stelle zu bleiben.

## Der Graff-Prozess.

### Die Aussagen des zweiten Angeklagten.

Stettin, 17. Juni. (W.T.B.) In der heutigen Vormittagsitzung des Graff-Prozesses gab der Angeklagte Engeler eine Schilderung der Tat. Engeler gibt auch an, daß er drei Schüsse durch die Scheibe der Straßenbahn auf den belgischen Leutnant Graff abgegeben habe. Erst am anderen Morgen will er erfahren haben, daß der Getötete nicht Schmitz, sondern Graff gewesen ist. Engeler ist dann mit Leutnant Sander nach Stettin gefahren. Hier hat Sander ihm 5000 M. gegeben. Später will er in Stettin Rows getroffen haben. Engeler ist dann auf einem pommerischen Gut als Wachtmeister untergebracht worden. Die in Wachen Verurteilten will Engeler nicht kennen, bis auf Leutnant Reinhardt, dem er vom Sehen kannte. Bei der weiteren Vernehmung gibt Engeler zu, daß er seine Teilnahme an der Tat überhaupt in dem Augenblick bestritten habe, als er nach Wachen zur Vernehmung vor das belgische Kriegsgericht gebracht werden sollte. Er hat sich zuerst auch gemeldet, in eine Vernehmung durch belgische Richter einzuwilligen. Erst nachdem ihm die belgische Justizverwaltung freigegeben (schriftlich vorgelegt) wurde, hat er seine Weigerung ausgegeben. Bei der Vernehmung in Wachen, die vor belgischen Richtern in Gegenwart eines deutschen Staatsanwaltschaftsrates stattfand, hat Engeler zuerst ebenfalls bestritten, drei Schüsse auf Graff abgegeben zu haben. Später aber hat er dann auch im Wachen zugegeben, daß er geschossen habe. Bei der Tatschilderung gibt Engeler an, daß er gelockt habe, der Belgier wolle, nachdem Rams den Schuß abgegeben hatte, auf ihn, Engeler, schießen. Erst aus diesem Grunde will er die Schüsse abgegeben haben. Die heutigen Erklärungen des Angeklagten Engeler stehen, wie ihm vom Vorsitzenden vorgehalten wird, im Widerspruch mit dem Geständnis, das er abgelegt hat, als ihm das Urteil im Wachen-Prozess bekannt wurde. Engeler hat früher angegeben, daß bereits am Nachmittag vor der Tat davon gesprochen worden sei, daß man den Schmitz, den Mörder Chmielewski, tuchen wolle. Engeler erklärt jetzt, daß er erst abends durch einen Schuppeloffizier, der auf der Wache stand, erfahren habe, daß Schmitz der Mörder des Chmielewski gewesen ist.

Es folgt dann die Vernehmung Schwirrats. Er schildert ausführlich und freimütig die Vorgänge. Als Rams in den Straßenbahnwagen stieg, will er die Worte gehört haben: „Kommt, das ist Schmitz“ (der belgische Polizeioffizier, der den Schmitz erschossen hat). Schwirrat sprang bald wieder ab. Als die Bahn etwa 300 Meter entfernt war, hörte er Schüsse knallen. Dann trat er sich mit den beiden Angeklagten in einer Nebenstraße. Schwirrat ging dann ebenfalls in Urlaub, erhielt aber bald ein Telegramm, sich wieder in Hamburg einzufinden. Hier sollte er sich den belgischen Behörden stellen, dem entging er dadurch, daß er wieder abreiste. In Stettin erhielt er durch Vermittlung des Landbuches eine Stellung.

Einen längeren Raum in den Verhandlungen nimmt dann die Verlesung der Anklageschrift des belgischen Militär-auditeurs ein, ebenso wird auch das Urteil des belgischen Kriegsgerichts vom 27. Januar 1923 gegen Reinhardt und Genossen verlesen.

Anschließend an diese Verlesung beginnt die Zeugenvernehmung. Der zuerst vernommene Zeuge Rudolph gibt ein Bild der Vorgänge, wie Chmielewski durch Schmitz getötet worden ist. Im übrigen schildert auch dieser Zeuge, daß verurteilt worden sei, seine Aussagen vor dem belgischen Kriegsgericht dadurch zu beeinflussen, daß man erklärt habe, er würde wegen des Verbrechens an Graff angeklagt werden. Der weiter vernommene Zeuge Walsenzit schildert u. a. die Erregung der Bevölkerung über Schmitz und über dessen Tat.

## Arbeiterpartei und Matteotti-Mord.

London, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion der Arbeiterpartei hat sich am Dienstag u. a. auch mit dem Verbrechen der italienischen Faschisten an dem Genossen Matteotti befaßt. Den italienischen Sozialisten wurden die wärmste Sympathie und jede Unterstützung in ihrem schmerzlichen Kampfe gegen die gewalttätige Politik der Faschisten und gegen die Vergewaltigung der Freiheit des italienischen Volks ausgesprochen.

Die Neuorganisation der Reichsbahn nach dem Dawes-Gutachten bildet den Gegenstand eines Interviews, das der englische Eisenbahnsachverständige Sir William Acworth als Mitglied des Organisationskomitees einem Vertreter der Telegraphen-Linien gab. Acworth sagte, daß der Rahmen der Neuorganisation bereits feststehe, die endgültige Redigierung jedoch noch unbestimmte Zeit erfordern würde. Deutschland erhalte die Mehrheit durch den Rücklauf der Reichsbahn-Obligationen die auf die Eisenbahnen gelegte Schuld rascher zu tilgen. Auch in der Zeit, wo die Reichsbahn dem Internationalen Komitee untersteht, bleibt sie im Besitz der Regierung. Mit besonderem Nachdruck betonte Acworth die Notwendigkeit einer Reorganisation der Reichsbahn und erklärte, daß vielleicht ein Personalabbau notwendig sein werde, es ließe sich aber durchaus nicht sagen, in welcher Höhe. Die Eisenbahnen sollen auf kaufmännischer Grundlage geleitet werden.



# Im Kampf mit den Rädern.

Eine Großstadt ohne Verkehr müßte schnell sterben, eine Weltstadt, deren Verkehrsmöglichkeiten rückständig bleiben, ist zu langsamem Tode verurteilt. Jede Großstadt, die mit dem Ballast geistlichen Verkehrs belastet ist, bietet aber der Verbesserung des Verkehrs in steigendem Maße schier unüberwindlich erscheinende Hindernisse. Die Schwierigkeiten, den Verkehr auszugestalten, erscheinen oft so groß, daß man den wahrhaft revolutionären Gedanken, eine neue Stadt an die Stelle der alten zu bauen, für leichter durchführbar hält, als das unsagbar mühevollere „Verbessern“, d. h. immer nur behelfsmäßige Herumschludern an den Verkehrseinrichtungen der großen Städte. Das trifft insbesondere auch für Berlin zu, dessen Verkehrsmittel immer unzureichender erscheinen. Die Wohnverhältnisse der Großstadt schreien geradezu nach schnellen und ausreichenden Verkehrsmitteln, so daß der Weg von der Wohnung zur Arbeit abgekürzt und der Großstädter davor bewahrt bleibt, bei dem täglichen Kampf um das „Mitkommen“ eine nicht zu unterschätzende Summe von Nervenkraft nutzlos zu vergeuden.

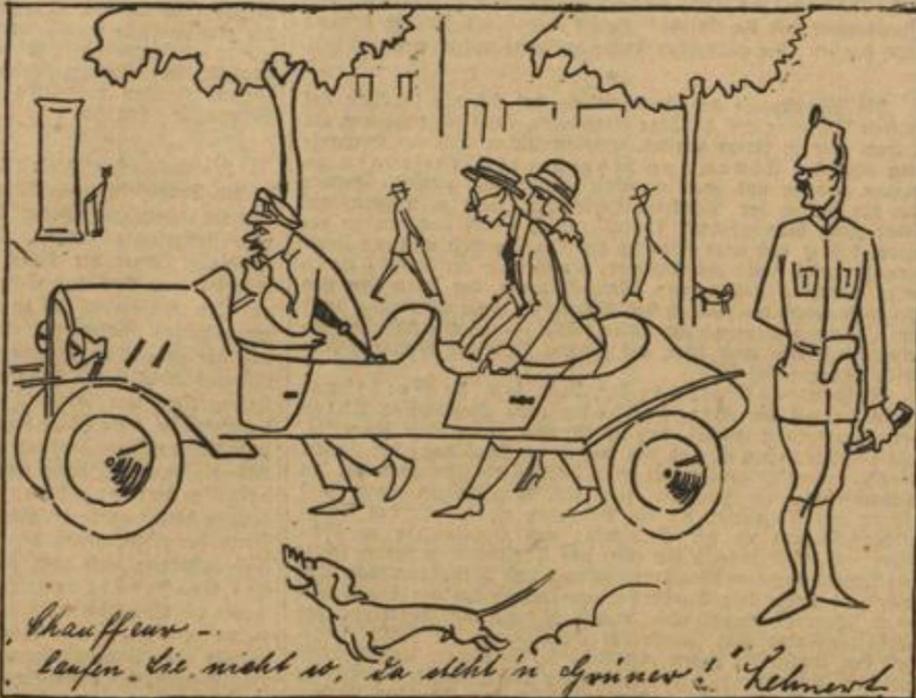
## Die Verkehrsmittel.

Die Straßenbahn vermag, trotz der in der letzten Zeit durchgeführten Herabsetzung der Fahrzeiten den Anforderungen, die an den Verkehr einer Weltstadt zu stellen sind, nur in den weniger belebten Außenbezirken zu genügen. Die Hoch- und Untergrundbahn hat in Berlin eine Zugfolge, die im Vergleich mit dem Minutenverkehr anderer Weltstädte geradezu mittelalterlich erscheint. Das Auto, das am ehesten geeignet wäre, mit großer Geschwindigkeit lange Wege abzukürzen, wird in jeder Weise durch die Anlage der Straßen gehemmt, auf denen sich Fußgänger, Straßenbahnen, Radfahrer und Wagen aller Art in wirrem Durcheinander bewegen. In belebten Straßen kann das Auto nur im Schneidentempo vorwärts kommen und es ist psychologisch verständlich, wenn der Großstädter, der sich als Opfer der Verkehrsverhältnisse fühlt, einen gewissen Haß gegen das Auto empfindet, dessen Geschwindigkeit in weniger belebten Straßen seinen eigenen Wünschen entspricht, während es ihm selbst unerreichbar erscheint. Es kommt noch hinzu, daß auch mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung des großstädtischen Verkehrs im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Gefahren erhöht und gerade das schnelle Fahrzeug, an das sich der einzelne noch nicht gewöhnt hat, erscheint als Urheber von Verkehrsunfällen, die bei einer gewissen Einspielung aller zum weitaus größten Teil vermieden werden könnten. Es mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß sich nach der Umwandlung der Pferdebahn in den elektrischen Betrieb die Zahl der Verkehrsunfälle, an denen die „Elektrische“ beteiligt war, ganz erheblich steigerte. Die öffentliche Meinung war damals über alle Mahnen gegen das neue Verkehrsmittel aufgebracht. Trotzdem lag die Schuld in den meisten, also nicht in allen Fällen an dem zu Schaden gekommenen Fußgänger, der sich an die Geschwindigkeit der Straßenbahn, die uns heute so unzulänglich erscheint, nicht schnell genug gewöhnen konnte. Heute ist nicht mehr die Straßenbahn, sondern das Auto das bestgeeignete Fahrzeug der Großstadt, das in seiner technischen Ausgestaltung eine Geschwindigkeit erlaubt, die in der Enge der Straßen nicht ausgenutzt werden kann. Andererseits aber hat das Auto nur dann Daseins-

berechtigung, wenn es eine größere Geschwindigkeit wie die übrigen Wagen entfalten kann. Das wird in der Großstadt immer nur in begrenztem Maße möglich sein. Außerhalb der Städte, auf gut gebauten Autostraßen könnten die Wagen sich ausstoben — auf der gewöhnlichen Chaussee aber leidet alles, wenn der Wagen mit voller Kraft dahinströmt, die Chaussee, der Wagen und vor allem die Fußgänger, die von aufgewirbeltem Staub bedeckt werden und dem Erreger dieser Wolken niemals die freundlichsten Wünsche nachrufen. Das Verkehrsmittel ist eben den Verkehrswegen vorausgeeilt und es werden Jahrzehnte vergehen, ehe hier die erforderliche Uebereinstimmung erzielt ist.

## Der Fußgänger.

Wir müssen uns also damit abfinden, daß grundlegende Veränderungen bei den Verkehrswegen zurzeit unmöglich erscheinen und müssen den guten Willen aufbringen, uns dem Verkehr der Großstadt



oft geradezu in atembeklemmender Sorglosigkeit mit der Gefahr. Kleine Kinder laufen vor den Augen ihrer Beschützer, deren Aufmerksamkeit sich irgendeinem anderen Gegenstand zugewandt hat, auf den Damm und kommen unter die Räder, andere tanzen auf den Schienen der Straßenbahn oder anderen Gefährten einher und können den Wagenführer zur Beruhigung bringen. Alle Eltern und auch die Schule müssen ihren ganzen Einfluß geltend machen, um die Kinder vor den selbstverschuldeten Gefahren der Straße zu bewahren. Kleine Kinder mühen auf der Straße ständig unter Aufsicht stehen. Leider machen gerade bei der ärmeren Bevölkerung die sozialen Verhältnisse die Erfüllung dieser an sich so einfachen Forderung unmöglich.

## Der Wagenführer.

Auch die Wagenführer sind nur Menschen. Auch ihre Aufmerksamkeit, die fast immer bis zum äußersten angespannt sein muß, kann verfallen. Eine geringe Unachtsamkeit genügt, um einen Unfall herbeizuführen. Es muß von den Wagenführern die genaueste Beachtung der polizeilichen Fahrordnungen und der allgemeinen Verkehrsverordnungen erwartet werden. Bei Berufsautofahrern erscheint es selbstverständlich, daß sie die Geschwindigkeit ihres Wagens der Verkehrsdichte anpassen. Autofahrern, denen wegen Misachtung dieser ganz selbstverständlichen Forderung der Führerschein entzogen wird, haben keine Ursache, sich darüber zu beklagen. Privatautos werden sehr oft von irgendeinem guten Freunde des Besitzers geführt, der kaum die Anfänge des Fahrens begriffen hat. Das ist geradezu ein Verbrechen und bei den hierdurch verursachten Unfällen ist der eigentliche Schuldige der Besitzer, der unsagbar leichtfertig gehandelt hat. Häufig ereignen sich Autounfälle an Autos, weil die an sich auch wieder selbstverständliche Forderung, überall dort, wo die Straße unübersichtlich ist, langsam zu fahren, nicht erfüllt worden ist. Bei der Straßenbahn ist es dem Wagenführer zur Pflicht gemacht, sich mit den Fahrgästen nicht zu unterhalten. Das sollte für jeden Wagenführer, auch für die nicht angestellten Führer von Privatautos gelten, die sich in dieser Hinsicht häufig nicht den geringsten Zwang auferlegen, lachend und plaudernd ihren Wagen mit großer Geschwindigkeit laufen zu lassen. Es ist kein Zufall, daß der größte Teil der zu Schaden gekommenen Autos nicht von Berufsautofahrern, sondern von sogenannten „Herrenfahrern“ geführt wurde. Mit dem Chauffeur unterhält „man“ sich nicht, aber es wird als sehr unhöflich empfunden, wenn der das Steuer führende Besitzer des Wagens auf die Unterhaltung seiner Freunde nicht eingeht. Vor allem im Auto sollten alle Fahrgäste so aufmerksam das Treiben der Straße verfolgen, als ob sie selbst den Wagen führten. Manches Unglück ließe sich durch eine solche von der Verantwortung distanzierte Haltung verhindern.

Nur im Zusammenpiel aller im Verkehrsleben der Großstadt Beteiligten lassen sich die Verhältnisse erträglich gestalten. Es nützt nichts, auf schnelle Fahrzeuge zu schimpfen. Ein Auto, das nur mit Fußgängerschnelligkeit fahren darf, ist ein Un Ding, und eine Geschwindigkeit von 30 bis 40 Kilometer in den nicht belebten Straßen ist möglich, wenn der Großstädter sich eben als Großstädter und nicht wie irgendein Einwohner eines verlassenen Kleinstädtchens benimmt. Die Zeit drängt uns vorwärts und es geht nicht an, die Geschwindigkeit der „guten“ alten Postkutsche für alle Zeit als die einzig erträgliche festlegen zu wollen.

## „Denke daran“ unter Nachnahme.

Die Irtischen Dichter stehen seit Alterder in dem Ruf, geschäftliche Dinge nicht mit dem gleichen Talent zu meistern, wie die Poesie, die sich ohnedies viel gefallen lassen muß. Unfern Zeitalter war es vorbehalten den Dichter zu schaffen, der auf beiden Gebieten ein umfassendes Talent entwickelt. Ein poetisch veranlagter Tischler Reinhold Müller aus St. Georgen, im Bezirkssamt Wilsingen, verjachte ein Gedicht mit der Ueberschrift „Denke daran“, dessen Inhalt hier leider noch nicht bekannt ist. Abdruck dieses Wertes versendet er seit Monaten an Firmen und Privatleute, im ganzen Deutschen Reich in Nachnahmebriefen. Zunächst beantragte er sich mit 1,50 Mark, als er aber sah, daß „die Sache ging“, erhöhte er den Preis und nahm zuletzt 5,20 Mark. Die Empfänger der Briefe, die nicht wußten, was sie enthielten, bezahlten in vielen Fällen den Betrag der Nachnahme, von welchen Beträgen der Dichter weniger als recht lebte. Viele mögen auch der Meinung sein, das Geisteserzeugnis des Tischlers nicht zu teuer gekauft zu haben. Einige dagegen waren von dem Inhalte des Nachnahmebriefes so enttäuscht, daß sie sich an die Polizei wandten. Die Folge war, daß der Dichter wegen Betruges von der Kriminalpolizei in Erlangen festgenommen wurde. Diese verjuchte jetzt den ganzen Umfang der Geschäfte Müllers zu ermitteln und festzustellen.

# Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahla.

„Natürlich zum Hafen gehen,“ riet Taddeo immer wieder, und im Grunde hatte er ja recht, zum Hafen kam schließlich jedermann, und am Hafen konnte man alles erfragen. Als die beiden dann nach der Mahlzeit hinter dem Fischarren herschritten, hielt es Renzo nicht. „Du mußt mir das nicht verargen,“ sagte er, „ein jeder hat so seine Gewohnheiten, ich gehe lieber erst einmal zum Markt.“ „Freilich kannst du das,“ sagte Taddeo bereitwillig, „mich findest du auch noch in zwei oder drei Stunden am Hafen, ich helfe dort verladen.“ So gingen sie auseinander, beide sehr befriedigt. Renzo aber ging, ohne viel rechts oder links zu schauen, zu seiner Venus. Nun mußte er alles abschließen, die schweifende Seele in das eine kleine, strahlende Bild der Anbetung sammeln: vor sie hinstreten. Doch als er es tat, jezt, im triumphierenden Sonnenglanz, da war er nicht mehr der vor Erschöpfung tief ergebene Schwärmer des vergangenen Abends. Mit ihm zugleich standen zwei Frauen vor dem edlen Steinbild, fast war es ihm lieb, denn nun gingen sein Blick auf und ab, zärtlich, doch auch wertend, künstlerisch nachempfindend. Merkwürdig, er sah den Kopf nicht mehr so wie in der Dämmerung. Das ganz Leichte, Selbstverständliche fehlte. So sehr er sich auch mühte, die Erinnerung klar zurückzurufen, sie stand hinter den vielen Schleiern einer langen Nacht und dem Gischern heiterer Gespräche. Der Renzo, der wie auf einer Wallfahrt hierhergekommen war, war nicht der Renzo, der aus dem quirlenden, alles spielend zerfließenden Leben einer Gasse kam. Und doch werde ich dich zwingen, dachte er finster — da erstarrte die letzte Erinnerung an die tief verschlossene Süßigkeit des stolzen Gesichtes. Wiederum ging er langsam um das herrliche Bild von Stein, und als er den fein gebogenen Rücken betrachtete, zerrann sein kindlicher Groll. Nein, diesem Kunstwerk konnte man nur ein besetztes Haupt geben, wenn man seine ganze Seele gab. Still schritt er fort, in die Sonne hinein, und trotz seines

einzigsten guten Anzuges sah er lange auf den Stufen des alten Minervatempels, mit all seinen Gedanken die Aufgabe umspannend. Doch bei seiner großen Liebe zum Werk, zum Gestalten, bei aller Sammlung blieb der eine Gedanke stehen: der Ruhm. Er schritt nochmals hinüber, denn es kam ihm in den Sinn, jenen, wie ihm schien, einflussreichen Mann wiederzusehen, den er am Abend zuvor gesprochen hatte. Der Kustode aber war schwerfällig und hatte keine Lust, sich zu besinnen. Nach zwei, drei Stunden, als Renzo eben fortgehen wollte, meinte der Kustode so ganz nebenher, er könnte ja einmal nachsehen, vielleicht sei der Herr heute im Teatro Greco oder in den Latomien, er wolle seinen Kollegen fragen, der sei mit dem Herrn gut bekannt. Er kam auch wirklich nach einiger Zeit zurückgewatschelt und sagte, Renzo möchte zu den Trümmerfeldern gehen, über die Brücke, die alte Straße könne er unmöglich verfehlen, dann käme er schließlich zum Theater und zur Latomia del Paradiso; die Herren wühlten dort wie die Maulwürfe. Möglich, daß sie irgendeinen Block mit einer Inschrift oder gar eine zerbrochene Statue fänden, ihm wäre das ganz gleichgültig. Renzo lag mehr daran, mit den Männern zusammenzukommen, die in Syrakus Ausgrabungen machten, als eine Stellung zu suchen, die ihm sofort Brot brachte. Er hatte genug im Beutel, um warten zu können. So schritt er denn durch die ihn vertraut anmutenden Gassen, in die jezt ein frischer Hauch vom Meere hineinblies, zum Hafen hinunter, über die Brücke zu den verlassenen Stätten des alten Syrakus. Die müder werdende Sonne lag mit einem reifen Goldton auf den Trümmern der einst so glorreichen Stadt. Das grüne, hier und da von Palmen überschattete Band wehte auf und ab, in gelblichen Dunst zerfließend. Aus seiner weichen, südlich überwucherten Rinde starrten Mauern, Böcke, Säulen, die von Nacht, Glanz, Zerstörung und Tod redeten. Und von Schönheit redeten sie, von der Schönheit des starken und großzügigen Menschengeistes, der hier unbekümmert, wie für eine Ewigkeit, aufgebaut hatte. Das Schlichte, Große, die geraden Linien, wenn auch tief niedergebroschen, überwuchert von der Anmut der warmblütigen sizilianischen Natur, man spürte es überall. Größe, das war es! Renzo fühlte sie, und es war ihm wie damals, als er vermeinte, er würde in das Herz der Berge eingehen.

Er sah in der Ferne die flachen, aus dem Felsgestein gehauenen Stufen des riesigen Theaters, das ansteigende Halbrund, vom silbrigen Grün der Delbäume wie mit einem flüchtigen Kranz abgeschlossen, durch das die Farben des abendlichen Himmels wie Blüten hindurchschimmerten. Die ungeheure, unabsehbare Weite des stillen Raumes, durch den er dahinschritt, nahm ihn gefangen. Harmonische Schwingungen waren um ihn her: Licht, Farbe, Luft gaben keine Untertöne für die mächtigen Akkorde vergangenen Lebens, auf dessen Spuren er schritt. „Nur wissen, mehr wissen mußte man von alledem,“ dachte Renzo. Witten in sein Sinnen hinein kam der Gedanke, wie nun, wenn man den Kopf der Venus findet, heute noch, jezt, während ich hier langsam durch den Staub wandere! „Dann mußt ich dabei sein, dann will ich es sehen, will ihn in meinen Händen halten!“ Unwillkürlich ging er schneller. Es war ja nur ein Gedanke, wie hunderte am Tage durch den Kopf fliegen, und doch spornte er ihn an. Als er zum Theater hinübergehen wollte, hörte er Stimmen in der Nähe der alten Steinbrücke, und er erinnerte sich wieder des jungen Archäologen, den er während des Wanderns und Schauens fast vergessen hatte. Er wollte ihn für sich gewinnen; man mußte ihm eine Nachbildung jener Venus gestatten, und wenn er den Kopf auch nicht mehr so klar und sicher, wie in einer Vision, vor sich sah — Gott würde ihm wiederum eine gute Stunde schenken, dessen war er sicher. Veichten Herzens kletterte er über die Steinböcke hinweg, ließ sich hinabgleiten, und dann sah er eine Gruppe von Männern, die einen auf der Erde liegenden Torso umstanden. „Ein Krieger,“ sagte Renzo frei, den Hut dabei tief hinabschwenkend. „Freilich, ein Krieger, das ist uns nicht unbekannt,“ sagte einer der Herren lachend. Renzo hatte in einem abseits Stehenden den jungen Mann erkannt, der ihn in das Museum hineingelassen hatte. Er nahm allen Scharfsinn zusammen, beugte sich vor, betrachtete den Rumpf genau und dann sagte er laut: „Ein Krieger, der irgend etwas Schweres trägt, man sieht es an der Anspannung der Muskeln — hier und hier,“ er legte seine Hand auf die Stellen, „und dann die leichte Drehung des Körpers, auch sie deutet darauf hin. Sehen Sie, meine Herren, so — so etwa stand er da!“ (Fortsetzung folgt.)

# Der Berliner Etat.

Gesamtausgabe 385 Millionen, Fehlbetrag 9 Millionen.

Der Haushaltsausschuss verabschiedete in erster Lesung den Steuerhaushalt und den Nachtragshaushalt. Nachdem dieser alle bisher eingetretene Ausgabesteigerungen, namentlich die Erhöhung der Gehälter, Vergütungen und Löhne umfasst, schließt die Gesamtausgabe Berlins 1924 auf rund 385 Millionen Goldmark an. Die städtische Finanzverwaltung erwartet gegenüber den bisherigen Schätzungen erhöhte Einnahmen bei der Einkommensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und Luftfahrzeugsteuer, andererseits geringere Einnahmen bei der Beherbergungssteuer und vor allem bei der Hauszinssteuer, bei welcher die Ausfälle dauernd zugenommen haben. Auf die Pferdesteuer muß die Stadt infolge Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen außer für die Zugpferde verzichten. — Auch nach der neuen Schätzung der Steuererträge, die von mehreren Seiten als zu optimistisch kritisiert wurden, bleibt ein Fehlbetrag von neun Millionen Goldmark. — Der Kommissar hofft, hiervon 3 Millionen durch Ersparnisse infolge weiterer Personalabbaus zu decken. Die übrigen 6 Millionen werden, wenn nicht die bevorstehende Neuordnung der Landes- und Gemeindesteuern der Gemeinde weitere Steuereinnahmen bringt, nur aus einer stärkeren Inanspruchnahme der Einnahmen der städtischen Werke einschließlich der Straßenbahn gewonnen werden können. Mit diesem Vorbehalt stimmte der Ausschuss dem Nachtragshaushalt zu. — In derselben Sitzung gab der Hauptsteuerdirektor bemerkenswerte Mitteilungen über die Höhe der bei den einzelnen Steuern entstehenden Verwaltungskosten. Sie betragen durchschnittlich rund 3 Prozent des Aufkommens und gehen bei der Getränkesteuer bis auf 0,2 Prozent herunter. Am höchsten sind die Verwaltungskosten bei der jetzt im wesentlichen aufzuhebenden Pferdesteuer und bei der Hundesteuer. — Der Haushaltsausschuss wird Anfang nächster Woche die Vertreter von Handel, Industrie und Grundbesitz zum Steuerertragsbericht hören. Er hofft, seine Beratungen bis Mitte nächster Woche zu beenden.

# Der „Fürst“ Sapieha.

Die Hochstapeleien eines Warschauer Straßenbäckers.

In ein geheimnisvolles Dunkel über seine Herkunft suchte sich ein Angeklagter zu hüllen, der gestern vor dem Amtsgericht Mitte unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Nach der Anklage handelt es sich um den Straßenbäcker Stanislaus Bog aus Warschau, während der Angeklagte auch vor Gericht mit großem Redefluss, wenn auch gebrochen deutsch, versichert, daß er wirklich der Fürst Casar Stanislaus Leon Sapieha aus Oliva im Freistaat Danzig sei.

Den Namen Bog habe er nur etwa vier Wochen lang aus politischen Gründen geführt und damals die Papiere eines Landsturmmannes namens Bog verwendet. In der heutigen Verhandlung behauptet der Angeklagte, daß er jetzt in der Lage sei, den richtigen Bog anzugeben. Dieser wohne in Stallupönen in Ostpreußen. Der Angeklagte ist 1923 in Danzig festgenommen und nach Deutschland gebracht worden. Er nannte sich dort Prinz Sapieha und in seiner Begleitung war die Tochter eines Berliner Gastwirts, die er mitgenommen hatte als ihm der Boden in Berlin zu heiß geworden war. Die Beweisaufnahme ergab, daß der angebliche Fürst nach im Februar 1922 in einem Keller in Berlin gewohnt hatte. Er ist dann in Beziehung zu der Gastwirtstochter Emma Bonnerente getreten mit der er auch auf Reisen ging und diese ließ sich unterwegs Visitenkarten drucken, auf denen sie sich Prinzessin Eleonora v. Sapieha-Ruthland auf Schloß Ruthland nannte. Unter dem Namen Bog war der Angeklagte Angestellter in einem mittleren Grundstücksvermittlungsgeschäft. Dort hatte er Beziehungen zu Grundstücksmaklern bekommen. Wälschlich trat er mit der Behauptung auf, daß er der Fürst Sapieha sei. Er legte einen gefälschten Diplomatenaß der außerordentlichen Mission der wehrtrüben Republik vor und zeigte eine Photographie, auf der er als Mitstreiter eines Hufarenregiments zu sehen war. So fand er leichtglaubige und konnte die „Europäische Verkehrs- und Grundstücksbank A.-G.“ gründen, deren Aufsichtsratsvorsitzender er wurde. Da die Geschäfte der Aktiengesellschaft sich sehr zweifelhaft gestalteten, schied die meisten Mitglieder aus und die Gesellschaft kam zur Auflösung. Der Kaufmann Joseph Kochmann, der in Berlin zwei Häuser besaß, wollte nach seiner Heimatstadt Lublin zurückkehren. „Fürst Sapieha“ bot ihm, ihm die Verwaltung der Häuser zu übertragen, was Kochmann jedoch ablehnte. Nachdem Kochmann Berlin verlassen hatte, trat der Angeklagte als Kochmann auf und verkaufte das eine Grundstück innerhalb von wenigen Tagen gleich an zwei Personen. Beide Male ließ er sich Anzahlungen in bar und in Scheids geben. Durch die doppelten Aufschlagsanträge kam der Schwindel heraus, der „Fürst“ hatte aber bereits Berlin mit seiner Beute verlassen, nachdem ein gleicher Schwindel mit dem anderen Grundstück misslungen war. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen sorgfältigen Betruges und Urkundenfälschung unter Verlesung mildernder Umstände zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wurde dem Angeklagten mit 1 Jahr 3 Monaten angerechnet. Der Angeklagte erklärte, daß er das Urteil nicht annehme, er sei und bleibe der Fürst Sapieha und gehöre nicht ins Zuchthaus.

# Die Blumenhalle am Potsdamer Bahnhof.

Einen jahrelangen Kampf um ihre Existenz führt die Inhaberin der Blumenhalle am Potsdamer Bahnhof, Frau Peters, mit dem Eisenbahnbüro. Die Prozesse haben ein wechselvolles Schicksal gehabt und sind jetzt zuungunsten der Frau Peters entschieden worden. Frau Peters soll nunmehr innerhalb von zehn Tagen die Blumenhalle räumen. Frau Peters, die das Geschäft an dieser Stelle seit 34 Jahren betreibt, ist eine 64jährige gelähmte und erblindete Frau, ihr Mann befindet sich in der Irrenanstalt und muß von den Ertragnissen des Geschäfts unterhalten werden. Sie wird im Geschäft von ihrer Tochter unterstützt, die aber wiederum einen schwerkranken Ehemann hat. Unter Darlegung der traurigen Verhältnisse hatte Frau Peters eine Eingabe an den Reichspräsidenten gerichtet und das Vorhaben des Büros als eine große Härte bezeichnet, denn der Fiskus habe 1921 die Halle schon an eine Wollfabrik vermietet gehabt und sei in diesen Plänen nur durch das damalige ungünstige Urteil gehindert worden. Wenn er jetzt den Einwand des Verkehrsbehindernisses macht, so könnte dem dadurch abgeholfen werden, daß die Halle nach dem freien Platz etwas zurückgerückt oder verkleinert werde. Der Reichspräsident hat die Eingabe als nicht zuständig über das Reichsverkehrsministerium an die Eisenbahndirektion, gegen die sich die Eingabe richtete, weiter gegeben und die Eisenbahndirektion hat kurzerhand mit der Aufforderung die Räumung binnen zehn Tagen grantwortet. Frau Peters beabsichtigt aber nochmals Schritte zu unternehmen, um den ihr und ihrer Familie drohenden harten Schlag abzumildern.

# Milchkartenneuanmeldung.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die von den Bezirksämtern an die Milchzugesberechtigten ausgegebenen Milchkarten für das Vierteljahr Juli/September 1924 müssen bis zum 24. Juni 1924 in den Milchhandelsbetriebsstellen und in den Abmeldeämtern (Kuhställen) neu angemeldet werden.

Das Stadtbad Wedding, Gerichstr. 65/69, ist vom Mittwoch, den 18. d. M., ab, nach langjähriger Reparatur an den Wochentagen von 10 bis 8 Uhr wieder geöffnet.

Der Verleger Dr. Antonianer (Hochbahnstation Danziger Straße), hat für diesen Sommer ein Varietéprogramm zusammengestellt, wie es den Berlinern in Sommertheatern nur selten geboten wird. Wir weisen auf die heutige Anzeige.

# Um Paulsen.

## Eine abgebrochene Stadtverordnetenitzung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gieren die rechtsstehenden Parteien danach, daß der Abbau des Magistrats und vor allem die Befestigung Paulsens endlich zur Tat wird. Aber die gestrige Sitzung verlief so, daß ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche noch verjagt blieb und sie weiter ihre Ungebuld bejahen mußten. Im öffentlichen Teil der Sitzung, wo man rasche Arbeit machen wollte, wurde eine Reihe wichtiger Beratungsgegenstände ohne lange Debatte erledigt, darunter zwei von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anträge. Ein durch den Beamtenabbau notwendig gemordener Antrag forderte für die ohne Wartegeld oder sonstige Abfindung entlassenen Beamten den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, dessen Berechtigung Genosse Jachert nachwies. Ein anderer Antrag, von Genossen Flatau begründet, wandte sich gegen die Ungerechtigkeiten der neuesten Besoldungsregelung im Reich, die auch für die Gemeinden gilt. Beide Anträge fanden eine Mehrheit und wurden angenommen. Danach führte die Linke die Beschlunfähigkeit herbei, so daß der nichtöffentliche Teil, der die Beschlunfassung über den Magistratsabbau und die Entscheidung im Kampf um Paulsen bringen sollte, ausfiel. Die enttäuschte Rechte quitierte mit wütendem Lärm.

Die Pfingstpause der Versammlung hat sich mit Rücksicht auf unseren Parteitag auf 14 Tage ausgedehnt. Die letzte Sitzung am 3. Juni war in ihrem zweiten, nichtöffentlichen Teil der Verhandlung über den Abbau von Magistratsmitgliedern gewidmet gewesen und hatte vorzeitig mit Tumult geendet. Gestern kam der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr v. Egnern, auf diesen „sehr bedauerlichen“ Vorfall zurück, jedoch nur, um zu erklären, daß er und seine Freunde der Angelegenheit weiteren Fortgang zu geben nicht beabsichtigen, zumal auch der damals amtierende Vorsteher-Stellvertreter (Gen. Reimann, der durch den von ihm ausgesprochenen Schluß der Sitzung die helle Empörung über um v. Egnern hervorgerufen hatte, Red.) — durch seinen Gesundheitszustand, wie man höre, auf längere Zeit den Sitzungen fern zu bleiben genötigt sei.

Nachdem eine Anfrage der Dnat. betr. die Verkehrs-unfälle auf der Straßenbahn vom Stadtbaurat Adler dahin beantwortet worden, daß im Durchschnitt die Zahl dieser Unfälle zurückgegangen ist, und daß speziell der Ausbildung der Fahrer besondere Sorgfalt zugewendet wird, beschloß die Versammlung, den Rathauskaffee bis zum 22. Juni den Veranlassern einer Ausstellung von Entwürfen für die Bebauung eines Teils des Prinz-Albrecht-Gartens an der Budapester und Anhalterstraße zu überlassen, und erließigte dann fast ohne jede Aussprache in rascher Folge eine Anzahl kleinerer Magistratsvorlagen und Initiativanträge. Abgelehnt wurde dem Auskunftsantrag gemäß der von den Demokraten feinerzeit eingebrachte Antrag Werten auf Änderung der Geschäftsordnung zum Zweck der Verschärfung der Disziplinargewalt des Vorstandes gegen obstruierende Mitglieder, speziell Kommunisten; Annahme fand ein Antrag der Wirtschaftspartei inwieweit, als der Magistrat erfucht werden soll, durch den Deutschen Stadtag bei den abgesetzenden Körperschaften dahin vorstellig zu werden, daß zur

Hebung der Bautätigkeit und Schaffung von Mietshäusern weitere steuerliche Erleichterungen auf begrenzte Zeit — höchstens fünf Jahre — gewährt werden. Der Auffstellung von 10 Rettungsstellen durch die „Kestlap“-Gesellschaft wurde zugestimmt. — Dann folgte die zweite Lesung der Vorlage, der die Umwandlung der 308. Gemeindegasse in eine Lebensgemeinschaftsschule bezweckt. In der Ausschussberatung ist die bürgerliche Mehrheit zur Ablehnung des Entwurfs gekommen. Auf Antrag Troll (Dnat.) wurde indessen die Vorlage an den Ausschuss zurückverwiesen, da dieser sie in Abwesenheit des — beurlaubten — Stadtschulrats Paulsen habe beraten müssen.

Angenommen wurden ferner: 1) ein Antrag Müller-Franzen (Wirtsch. P.), ein im städtischen Besitz befindliches am Wannsee, Königstraße, befindliches Grundstück, auf dem eine Villa mit 20 Zimmern seit Jahr und Tag völlig leer steht, zu verkaufen oder angekauft der schweren Wohnungsnot Wohnzwecken dienstbar zu machen; 2) ein gemeinsam von den Komm., Soc., Dem. und J. gestellter Antrag, die Zahl der Bürgerdeputierten in der Deputation für das Kunst- und Bildungswesen von 5 auf 9 zu erhöhen.

Gen. Jachert begründete dann den von unseren Genossen am 3. d. M. eingereichten Antrag, „den Magistrat zu erfuchen, zu veranlassen, daß die Verordnung des Arbeitsministeriums zurückgenommen wird, nach der

abgebaute oder entlassene Beam., die weder Wartegeld noch andere Abfindungssummen oder dgl. er-

halten und daher erwerbslos sind, keine Erwerbslosenunterstützung erhalten dürfen“. — Die Annahme erfolgte mit großer Mehrheit, nachdem Jachert eindringlich die furchtbare Notlage dieser Beamten geschildert hatte, die unverändert um ihre Existenz gekommen seien und nunmehr auch zu den Ärmsten der Armen gehören. — Ebenfalls vom 3. d. M. datiert unser Antrag, der auf die großen Ungerechtigkeiten der letzten Besoldungsregelung und ihre noch ungerechteren Auswirkungen hinweist und den Magistrat auffordert, im Rahmen seiner Kompetenz mit allen Mitteln auf deren Befestigung hinzuwirken. Hierzu gab Gen. Flatau die Begründung.

Vor der Abstimmung bezweifelte Gen. Dr. Lohmann die Beschlunfähigkeit der Versammlung. Die Auszählung ergab jedoch die Anwesenheit von 114 Mitgliedern, die Zahl der im Saal befindlichen überstieg also die absolute Mehrheit von 113 um 1, die Beschlunfähigkeit war noch vorhanden; die Abstimmung ergab die Annahme unseres Antrages. — Hiermit brachte Gen. Dr. Lohmann einen Antrag auf

### Verlagung der Sitzung

ein. Auf der Tagesordnung war bemerkt: „Die nichtöffentliche Beratung (nämlich des Magistratsabbaus) beginnt um 7 1/2 Uhr“. Die gesamte Linke verließ den Saal, die Zahlung ergab nur 96 Mitglieder als anwesend, und der Vorsteher sah erklärte trotz des Protestes der Rechten, welche auf der Abhaltung der geheimen Sitzung bestehen zu dürfen glaubte, um 7 Uhr 10 Minuten die Sitzung für geschlossen.

Die Beschlunfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung rief bei den Drahtziehern des Bürgerblocks, namentlich bei dem dazu ganz besonders berufenen Herrn Pfarrer Koch den üblichen obligaten Entrüstungsturm hervor. Mit der lauten Stimme, die diesem würdigen Diener der Kirche von seinem Herrgott mitgegeben wurde er dem Vorsteher, Genossen Hof, ununterbrochen „Schreibung“ zu. Die „Schreibung“ soll darin bestanden haben, daß die Einladung zur gestrigen Stadtverordnetenversammlung in der Form erfolgte, daß nur zu einer Sitzung einberufen war und die Beratung des Abbaus lediglich als „geheim Beratung“ bezeichnet war. Da die Herren Koch und Genossen von sich auf andere schließen, so behaupteten sie, diese Form der Einberufung sei zwischen Hof und der sozialdemokratischen Fraktion verabredet, um die Beratung des Abbaus in der Sitzung unmöglich zu machen. Wenn Herr Koch anstatt zu verkleumen, sich beim Bureau der Versammlung erkundigt hätte, würde er ohne viel Mühe erfahren haben, daß diese Form der Einberufung der Praxis entspricht und im vorliegenden Fall außerdem noch vom Bureau ohne nähere Anweisung des Vorstehers veranlaßt war. Schon zu Beginn der Sitzung hatten die bürgerlichen Parteien, wenigstens ihr rechter Flügel, durch Herrn v. Egnern erklären müssen, daß ihr Versuch, auf dem Umweg über ein Mißtrauensvotum gegen den Genossen Reimann, eine Vorsteherkrise zu entfesseln, zu ihrem schmerzlichen Bedauern gescheitert sei. Man sieht aber, daß sie in ihrer maßlosen Wut gegen die Sozialdemokratie jedes Mittel anzuwenden suchen, um ihrem Sozialistenhass freien Lauf zu lassen. Die sittliche Entrüstung der bürgerlichen Parteien darüber, daß die Sozialdemokratie sich gegen den sogenannten Magistratsabbau mit allen Mitteln wendet, ist mehr als fündlich. Die Drahtzieher des Bürgerblocks wissen selbstverständlich genau so gut wie wir, daß sie in schamloser Weise bewußt das Recht beugen und wider die freien Bestimmungen des Gesetzes, die aus ganz anderen Gründen und zu ganz anderen Zwecken erlassene Abbauperordnung zu politischen Zwecken mißbrauchen wollen. Daß sie bei dieser Gelegenheit die Stürn haben, der Viermillionenstadt den verantwortlichen Stadtschulrat zu nehmen, zeigt nur, welcher Engstirnigkeit die Herrschaften fähig sind, wenn es gilt, ihre Parteinteressen zu wahren. Das Markieren in Entrüstung könnten sich die bürgerlichen Parteien in diesem Falle wirklich schenken. Gegen die klare, bewußte und beabsichtigte Vergewaltigung, gegen die unbestreitbare Verletzung des Rechts wird die sozialdemokratische Fraktion mit allen Mitteln Front machen. Sie wird sich selbst nicht scheuen, bei einem so ausgezeichneten Kenner juristischer Kniffe und Rechtsverdrehungen, wie es der Führer der Volkspartei ist, eventuell Anleihen zu machen. Selbst das Temperament des Herrn Pfarrer Koch wird sie nicht abschrecken, das zu tun, was jeder tut, wenn ihm gegenüber das Recht gebugt werden soll: [Koch wehren mit allen Mitteln!

# Quäkerempfang beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag in Gegenwart einiger Reichsminister und Vertreter von Behörden und Wohlfahrtsorganisationen, die amerikanischen Quäker, die sich für das amerikanische Hilfswerk in Deutschland aufhalten, sowie die hiesigen weisenden Vertreter der nordamerikanischen Presse. Der Reichspräsident sprach den Christen den Dank des deutschen Volkes aus für die große Hilfe, die in den vergangenen 4 1/2 Jahren das Werk der amerikanisch-deutschen Kindersektionen für Millionen hungernder Kinder und Mütter bedeutet hat. Er wies darauf hin, daß Amerika in dieser Zeit über 58000 Tonnen Lebensmittel im Werte von 12 1/2 Millionen Dollar gesendet hat, zu denen die deutsche Regierung ihrerseits 39000 Tonnen im Werte von 5 Millionen Dollar beigetragen hat, so daß zurzeit täglich 1100000 Mahlzeiten ausgegeben werden können. Besonders hob der Reichspräsident die im Herbst vorigen Jahres einsetzende tatkraftige Hilfsaktion des neugebildeten Komitees hervor, dessen Vorsitzender, General Allen, von hervorragenden Politikern und Geschäftsleuten, wie Dawes, dem Vorsitzenden der Sachverständigenkommission und Buch, dem Präsidenten der New Yorker Handelskammer, unterstützt, auch bisher dem Hilfswerk leuchtende Hande in den Vereinigten Staaten von der großen Not in Deutschland zu überzeugen verstanden hat. Für die deutschen Wohlfahrtsorganisationen sprach der Präsident der inneren Mission, Geheimrat Dr. Seeberg, Worte des Dankes, worauf Hr. Eves für die Gäste antwortete. Ein Chor von 100 Schulkindern brachte als Dank der deutschen Kinder einige Sangesvorträge zu Gehör.

# Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 18. Juni. Tagessintellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30-7 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Adolf Weißmann: „Von Lautenspielen und anderer Hausmusik“ (Jugendvortrag). 8 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Ernst Roth: „Unterbewußtes, Suggestion, Hypnose, drahtlos beleuchtet“. 9-11 Uhr: Blas-Orchester, Dirigent: Kapellmeister Carl Wollschach. 1. Hoch- und Deutschmeister-Marsch, von Ertl. 2. „Leichte Cavallerie“ (Ouverture), von Fr. v. Suppé. 3. Stephanie-Gavotte, von Osibulka. 4. Rosen aus dem Süden, Walzer, von J. Strauß. 5. Sensations- Foxtrott, von Wollschach. 6. Potpourri aus „Die Fledermaus“, von J. Strauß. 7. Aufziehen der Stadtwaage, von Leo Jessel. 8. Ich liebe dich, Walzer, von E. Waldteufel. 9. Hab' ein blasses Himmelbett, aus „Frasquita“, von Lehár. 10. Armeo-Marsch Nr. 7 (L. Gardes-Bar).

Zu dem Leichensund bei Wilhelmshagen wird mitgeteilt, daß die Person des Toten noch nicht festgestellt ist. Am linken Finger der linken Hand hat der Mann einen zwei Zentimeter langen, also sehr auffallend langen Nagel. Auch der Nagel des rechten Fingers ist ziemlich lang. Der Revolver ist mit der Mündung unmittelbar auf die Haut gelegt worden. Die Kleidungsstücke sind nicht vom Geschloß durchschlagen. Der Arzt, der die Leiche am Fundort besichtigte, mußte die Kleidung aufknöpfen, um die Wunde bloßzulegen. Das scheint im Widerspruch mit einem Selbstmord zu stehen. Aber es ist doch wohl möglich, daß der Selbstmörder die Mündung des Revolvers an die Brust gebracht hat, ohne daß er die Kleidung öffnete.

Steirische Sänger in Berlin. Der Steirische Liederkranz, dem als österreichischer Dialekt- und Siedlerchor ein ausgezeichnetes Ruf vorangeht, trifft, aus München kommend, Sonnabend, den 21. Juni, in Berlin ein. Am 16. Juni singt er in München in der Funkzentrale für ein Radiokonzert und gibt anschließend ein großes Volksliedkonzert in Freien. In Berlin wird der Chor nur einmal, und zwar im Saalbau Friedrichshain, aufzutreten. Diese Veranstaltung wird vom Österreichisch-Deutschen Volksbund Berlin vorbereitet. Außer den Steirischen Sängern, die eine Auswahl der besten Alpenlieder und Steirerlieder vorzutragen werden, wirkt noch die Deutschösterreichische Liedertafel Berlin mit. Bei dem Fest werden namhafte Parlamentarier für die Anschlußfrage Deutschösterreichs sprechen.

Das Volksbildungsamt Reinisdorf veranstaltet am Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Strandlohn zu Tegel ein Volkskonzert, ausgerichtet vom Bildner-Drucker. Eintritt 40 Pfennig. Wiederholung des Konzerts am 20. d. M., abends 8 Uhr, im Gesellschaftsgarten zu Reinisdorf, Pausstr. 31/32.

# Großer Straßenbahnunfall in Iserlohn.

15 Tote, 30 Schwerverletzte.

Dienstag abend gegen 1/8 Uhr verjagte die Bremse der Straßenbahn auf der abschüssigen Dillingstraße in der Obergrüne und rannte gegen die Schliepersche Reitensohr. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Bis her wurden 15 Tote geborgen und 30 Schwerverletzte festgestellt.

# Dampferkatastrophe in den Lofoten.

In der Nacht zu Dienstag stießen im Bestjord in den Lofoten die beiden norwegischen Dampfer „Naafon Jarl“ und „Kong Harald“ in dichtem Nebel zusammen. „Naafon Jarl“ ging unter, 18 bis 20 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder ertranken. „Kong Harald“ wurde verhältnismäßig wenig beschädigt. Nähere Einzelheiten über das Unglück fehlen noch.





# Verbandstag der Bergarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Dresden, 17. Juni.

Am Montag begannen die eigentlichen Verhandlungen mit einem Referat des Verbandsvorsitzenden Genossen Hufemann zum Geschäftsbericht für die letzten drei Jahre, das die allgemeine Verwaltung des Verbandes behandelte. Hufemann erklärte unter anderem, daß Deutschland gegen den Stand im letzten Friedensjahre jährlich einen Verlust von 51 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung zu verzeichnen habe. Alle Versuche, durch Vermehrung der Belegschaften an die Friedensproduktion heranzukommen, hätten nicht zum Ziele führen können. Aber trotz des Rückganges der Förderung seien in den letzten drei Jahren auf Grund des Vertriebes noch rund 56 Millionen Tonnen Reparationskohle abgeführt worden. Wichtig sei es bei der Braunkohle und bei der Koks-gewinnung. Während 1913 rund 34 Millionen Tonnen Koks ab-geliefert werden konnten, seien 1922 insgesamt 61,5 Millionen und 1923 rund 28 Millionen Tonnen Koks abgeführt worden. Im Ralibergbau arbeiteten 1921 insgesamt 219 Werke, während zwei Jahre später 113 Werke in Betrieb waren, von denen inzwischen wiederum ein Teil bis auf 83 Werke die Arbeit eingestellt hat. Tausende von Bergarbeitern mühten monatelang arbeitslos dahinzuleben. Im Erzbergbau Hessen-Russau seien 80 Proz. der Betriebe stillgelegt. Auch im Braunkohlenbergbau seien die Verhältnisse nicht besser.

Hufemann erklärte dann, daß die Abwehr gegen den Einmarsch in das Ruhrgebiet im Sinne des verstorbenen Bergarbeiterführers Otto Hue gelegen habe. Leider sei der Ruhrkampf verloren worden, weil er nicht mit den rechten Mitteln finanziert und rechtzeitig abgebrochen wurde. Der Redner gab anschließend ein umfassendes Bild von den Bergarbeiterkämpfen der letzten Jahre.

die besonders wegen der geforderten Verlängerung der Arbeitszeit geführt wurden. Im Zusammenhang mit dem jüngsten Kampf der Bergarbeiter gegen die Jochenarone äußerte Hufemann, daß in den letzten vier Wochen viel mehr an Förderung ausgefallen sei, als in den letzten fünf Monaten durch Mehrarbeit von den Bergarbeitern gefördert worden ist. Scharf war die Abrechnung des Referenten mit den Kom-munisten, deren Sinn darauf gerichtet sei, alles zu zerstören, ohne etwas Besseres an die Stelle des Bestehenden zu setzen. Die Kommunisten führten die Arbeiter nicht zu ihrem Ziele, sondern immer tiefer in das Elend hinein. Auch während des Bergarbeiter-streiks seien die kommunistischen Schreier die ersten gewesen, die die Arbeit wieder aufnahmen, weil sie Rücksicht, entlassen zu werden. In Oberschlesien, wo die Kommunisten die Führung an sich gerissen haben, stehen die Arbeiter im tiefsten Elend. Die Verständigung mit der roten Gewerkschaftszentrale in Rostau lehnte Hufemann ab, da sie ein Anhänger der kommunistischen Partei sei, während er der Internationale von Amsterdam und London Treue gelobte.

Anschließend folgte der Bericht Marimüllers über die sozialpolitischen Fragen. Er bemerkte, daß die Berg-arbeiter mit der Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge nicht allgemein einverstanden sein könne. Die Beseitigung der Selbstver-waltung bei der Erwerbslosenfürsorge müsse bekämpft werden. Ein Schlüssel sei

das Höchstknappheitsgesetz.

Besonders wichtig sei die Bestimmung in § 26, daß jeder 50 Jahre alte Bergmann Invalide werden könne, ohne den ärztlichen Nach-weis der Berufsunfähigkeit bezutragen. Die Rente werde durch das Gesetz bei 25jähriger Tätigkeit auf 40 Proz. des Hauptlohnes gegenüber 22 Proz. festgesetzt. In diesem Zusammenhang bedauerte der Redner das Entgegenkommen des Reichswirtschaftsministers ge-genüber den Unternehmern, die eine Änderung des Gesetzes wün-schen, da sie die Lasten nicht tragen können. Durch die Arbeits-zeitverordnung sei der Achtstundentag in der Praxis sehr in Frage gestellt. Bis jetzt sei es immer noch geblieben, die schwersten Anstöße der Gegner auf die Sozialpolitik abzu-schieben. In der nächsten Zeit seien neue sozialpolitische Gesetze, ins-besondere das Berggesetz, zu erwarten, und da seien Berg-arbeitervertreter in den Parlamenten unbedingt notwendig. — Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf ein Oppositioneller dagegen protestierte, daß man am Son-ntag die Begrüßungsrede der sächsischen Regierung zugelassen habe, wurde in die Mittagspause eingetreten.

In der Nachmittags-sitzung wurde der Rassenbericht und der Bericht des Kontrollausschusses erstattet. Inzwischen unter-breitete der Vorstand folgende Entschlieung:

„Die 24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nimmt mit tiefer Beschämung und höchster Ent-richtung Kenntnis von den unerhörten Angriffen, die während der sich gegen den Kapitalismus richtenden Bergarbeiterkämpfe von kommunistischen Zeitungen und ebensolchen Flugblättern in Rhein-land und Westfalen, Oberschlesien und Sachsen gegen die im Vorder-reffen dieser schweren Wirtschaftskämpfe stehenden Kameraden er-folgt sind.

Die Generalversammlung erwartet einmütig, daß in Zukunft solche Komplexarten unterbleiben, denn sie führen nur zur wei-teren Entweilung der Bergarbeiter.

Die Generalversammlung, zusammengesetzt aus Delegierten, die sich zu den verschiedensten politischen Parteien bekennen, ver-langt, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewe-gung in sachlicher Weise und nicht in einer das Leben oder die Gesundheit bedrohenden Art ausgetragen werden.“

Die Entschlieung wurde gegen 5 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Es folgte dann die De-batte über den Geschäftsbericht usw., in deren Verlauf der Redner aller Richtungen zu Worte kamen. Ein Vertreter des Saar-gebiets erklärte u. a., daß

die Leistungen der Bergarbeiter an der Saar

um 60 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit gesunken seien. Franz-Hindenburg stellte fest, daß die Löhne im polnischen Teil Oberschlesiens um 20 Proz. höher seien als im deutschen Gebiet, obwohl hier wesentlich mehr geküsst würde als in Polnisch-Oberschlesien. Durch die Haltung des Reichsarbeitsministers sei in Oberschlesien großer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet worden.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission sind 146 Delegierte, 19 Vorstandsmitglieder, 29 Bezirksleiter, 8 Kontrollausschussmitglieder, 2 Redakteure, 4 Verbandsangestellte und 4 Gäste anwesend.

Die Debatte wurde gegen Abend auf Dienstag vormittag ver-tragen. In einer geschlossenen Sitzung sollen die Rührtrouens-entwürfe gegen die Vorstandsmitglieder usw. behandelt werden.

Dritter Verhandlungstag.

Dresden, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In der geschlossenen Sitzung am Dienstag vormittag referierte zunächst der Vorstandsmitglied Schmidt. Nachdem über die Laits des Verbandes, Rosemann, Hattungen sprach als Kor-referent Schmidt rechtfertigte die Tätigkeit der Verbandsleitung bei Tarifverhandlungen und bei den Verhandlungen über die Heber-arbeit. Rosemann wünschte schärfere Betonung des Klassenkampf-charakters der Gewerkschaften und bei wichtigen Fragen umfassende Aktionen an Stelle von Teilstreiks in einzelnen Revieren. In sehr sachlicher Debatte nahm die Generalversammlung zu den Ausführ-ungen der beiden Referenten Stellung, überwiegend im Sinne des

Vorstandsmitgliedes Schmidt. Ueber eine von Rosemann eingebrachte Entschlieung soll in öffentlicher Sitzung abgestimmt werden.

In der Nachmittags-sitzung wurde die Aussprache über den Ge-schäftsbericht in der öffentlichen Sitzung fortgesetzt. Vorkmann-Delamij, beiproch

den Kampf der sächsischen Bergarbeiterschaft

und ging scharf ins Gericht mit der Stellungnahme der Reichs- und sächsischen Regierung bei den jüngsten Kämpfen im Bergbau. Er sieht die Hauptaufgabe des Verbandes für die nächste Zeit in der Zurückerlangung der verlorenen Mitglieder. Einen breiten Spiel-raum in der Debatte, an der sich Weilmeyer, Houshamm, Ged, Viktor, Engelhardt, Grüneberger, Krasch, Richter-Halle, Mandla, Dutschmann und Lawrence beteiligten, nahm vor allem das umkämpfte Knappheitsgesetz ein. In seinem Schlusswort nahm Hufe-mann dann die Gelegenheit wahr, die Auffassungen der Delegierten noch weiter zu klären und die schiefen Darlegungen der kom-munistischen Opposition zu berichtigen. Scharf rechnete er dabei mit den kommunistischen Umtrieben im Verbands ab, die sich bis zur Nordhege gegen die Führer des alten Verbandes ver-drehten.

## Weißbuch gegen Dolchstoß.

Von Erich Ruttner.

Das amtliche deutsche Weißbuch zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes stellt seit jeher den schärfsten und unanfechtbarsten Beweis gegen die reaktionäre Dolchstoß-legenden dar. Durch die in der zweiten Auflage (erschienen bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Ge-schichte m. b. H.) neu veröffentlichten 41 Dokumente sind die Beweise dafür, daß die Kapitulation Deutschlands von der Obersten Heeresleitung ausging, nicht durch die viel später einsetzende Revolution erzwungen wurde, noch er-hehlich vermehrt worden. Eine Anzahl reaktionärer Ge-schichtsschreibungen werden gerade durch die neuen Ur-tunden in Nichts aufgelöst, wozon wir im folgenden einige Beispiele geben.

Gottvertrauen zu Wilson.

Heute schon liest man in jedem reaktionären Blättchen, daß der deutsche Michel Oktober 1918 in unbegreiflicher pa-zifistischer Verblendung auf Wilson und seine 14 Punkte hin-eingefallen sei. Demgegenüber konnte schon auf Grund der bisherigen Dokumente festgestellt werden, daß es gerade Ludendorff war, der am 2. Oktober durch seinen Ver-

trauensmann, Freiherrn von Bersner, das Auswärtige Amt bestürmte, die 14 Punkte Wilsons zur Grundlage des ge-plannten Friedensschrittes zu nehmen.

Ein neues Dokument (Nr. 59c der Sammlung) zeigt das Gottvertrauen der Obersten Heeresleitung zu Wilson in noch weit stärkerem Glanze. Ein Erlaß des Generalfeld-marschalls von Hindenburg vom 18. Oktober 1918 an alle Heeresgruppen und an das Oberkommando des Westens be-ginnt mit den Worten:

„Umstehend bringe ich eine mir auf vertraulichem Wege zu-gegangene Beurteilung der politischen Lage zur Kenntnis, die ich für zutreffend halte.“

Diese Beurteilung, die Hindenburg sich zu eigen macht, stellt folgendes an die Spitze:

„Es besteht zurzeit großer Gegensatz Wilson-Foch. Wilson will einen Rechtsfrieden der Versöhnung und Verständigung. Foch will völlige Demütigung Deutschlands und Befriedigung der französischen Eitelkeit. . . Eine militärische Demütigung Deutschlands erstrebt Wilson nicht. Foch dagegen will mit allen Mitteln volle militärische Kapitulation und Demütigung (Befriedigung französischen Rache-gefühls) erreichen.“

Der Bericht sucht dann in plump-durchsichtiger Weise dar-zulegen, daß die zu rasche Demokratisierung Deutschlands Wilsons Position gegenüber Foch schwächelt! Diese abstrusen Gedankengänge sind charakteristisch genug für die politische Urteilslosigkeit beziehungsweise bauernschlaue Tölpelhaftigkeit der führenden Herren Generäle; doch rückt dieser Gesichtspunkt im vorliegenden Zusammenhang in zweite Linie. Hier sei ausdrücklich festgestellt, daß Feldmarschall Hindenburg noch am 18. Oktober 1918 von dem ehrlichen Versöhnungswillen Wilsons fest überzeugt war und ihn gar nicht laut genug rühmen konnte, sei es auch nur in der Absicht, der fortschreiten-den Demokratisierung Deutschlands ein Bein zu stellen.

Die gleiche Ansicht vertreten Hindenburg und Ludendorff auch noch in der Anweisung für die Waffenstill-standskommission (neues Dokument Nr. 76a). Der Entwurf dieser Anweisung zeigt die Signierung Hin-denburgs und Ludendorffs vom 23. Oktober 1918. In dieser Anweisung heißt es:

„Trotzdem müssen wir selbstverständlich stets zur Wiederauf-nahme des Kampfes bereit sein, für den Fall, daß uns Bedingungen gestellt werden sollten, die unsere Zukunft zerstören. Solche Be-dingungen liegen wahrscheinlich nicht in der Absicht des Präsidenten Wilson.“

Erst in den folgenden Tagen kauften dann der Wilson-gläubigen Obersten Heeresleitung Zweifel auf, die sich aber durchaus nicht auf Wilsons Person beziehen, sondern auf das

## Die Drachensaat.



Ludendorff-Kadmos: „Aufklärung im Westen? Verflucht! Ich brauche Regenwetter für meine Saat!“

Inwachsen militaristischer Strömungen bei der Entente, die Wilsons Position erschweren. Jedenfalls zeigen die angeführten Dokumente, daß mindestens bis zum 3. Oktober die Oberste Heeresleitung weit mehr als sämtliche deutschen Pazifisten zusammengenommen auf Wilson schwor.

### Konnten wir weiter kämpfen?

Die oben zitierte „Anweisung an die Waffenstillstandskommission“ ist in einem andern Punkt noch viel bedeutungsvoller. Am 1. Oktober 1918 hatte Ludendorff, total zusammengebrochen, bekanntlich immer wieder betont, daß die Armee keine 24 Stunden mehr auf den Waffenstillstand warten könne. Einige Wochen später erklärte er dann, sich in der Beurteilung der Lage geirrt zu haben und verlangte die Biederaufnahme des Kampfes. Die Protokolle der betreffenden Kriegsratsitzungen sind bekannt. Der preußische General von Scheuch hat später befundet, daß diese Sitzungen, die zu einem traurigsten Erlebnis zählen, weil die Oberste Heeresleitung nicht das mindeste Positive zur Begründung ihres veränderten Standpunktes anführen konnte. Trotzdem behauptet Ludendorff heute, daß die militärische Lage sich damals tatsächlich gebessert hätte. Die von ihm missionierte Anweisung der Waffenstillstandskommission beweist das Gegenteil. Sie beginnt nämlich mit folgendem Satz:

„Die militärische Lage ist derart, daß die Kräfte des Heeres zu einem sicheren Halten der Stellung nicht mehr ausreichen. Der Erfolg gleicht die Verluste seit langem nicht mehr aus. Wir können zwar, um die empfindlichsten Lücken zu schließen, unter Schwächung der Kriegswirtschaft aus der Heimat noch eine größere Anzahl Leute herausziehen. Diese reichen aber nicht aus, um das Heer in kurzer Zeit wieder auf ausreichende Kampfkraft zu bringen.“

Unsere Feinde dagegen können unter voller Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft ihre Heere mindestens auf gleicher Höhe halten.

Das Stärkeverhältnis des Heeres wird sich daher dauernd zu unseren Ungunsten verschlechtern.“

Ein deutlicheres Bekenntnis, daß die Lage des deutschen Heeres sich von Tag zu Tag verschlechterte, kann man sich gar nicht vorstellen.

### Woher die Unzufriedenheit?

Die Dolchstoßlegende behauptet, daß bereits zurzeit der Ludendorffschen Kapitulation (Ende September/Anfang Oktober 1918) das Heer revolutionär zermüht gewesen sei und Ludendorff deshalb habe Schluch machen müssen. Jeder in den alten, noch in den neuen Dokumenten der besten Heeresleitung findet sich ein Hinweis auf die revolutionäre Zermühtung. Wohl aber sind gerade die Dokumente dieser Zeit voll des Ruhmens über die Tapferkeit der Frontkämpfer. Dagegen ergeben gerade die neuen Dokumente an, daß die weisheitslos vorhandenen Unzufriedenheit im Feld, die wir stets betont haben, nicht auf künstliche Propaganda, sondern auf tatsächliche Mißstände in der Behandlung und Verpflegung zurückzuführen ist. Die Erlasse Hindenburgs und Ludendorffs aus dem September 1918 (Dokumente 10 bis 10e) sind eine einzige Klage über die Minderwertigkeit des Offiziersjahres und das schlechte Verhalten des neuen Offizierskorps.

Ein Erlaß Ludendorffs vom 11. September 1918 stellt den Mangel an brauchbaren Offizieren bei der Infanterie fest und kündigt — etwas spät! — an, daß sämtliche kriegsverwendungsfähigen Offiziere zur Frontverwendung frei zu machen seien. Persönliche Rücksichten dürften erst endlich nicht mehr misprechen. Diese Ausführungen innern an einen schon bekannten Erlaß des bayerischen Kriegsministers von Hellingraß, in dem dieser seine Entlassung über die große Zahl der l. u. Offiziere in Etappe und Heimat ausspricht.

Ein „streng geheimes“ Rundschreiben Hindenburgs vom 3. September 1918 (Dokument 10d) wird noch deutlicher. Er zitiert wörtlich:

„Mit besonderer Sorge erfüllen mich die sich häufenden Meldungen, daß das Vertrauen zwischen Führung und Truppe, zwischen Offizier und Mann nicht mehr überall das alte sei. Die Truppe muß das Mißfallen ihrer höheren Vorgesetzten in allen Sätzen, der Soldat insbesondere die rastlose Fürsorge seiner Offiziere für sein leibliches Wohl, namentlich für die Verpflegung, jederzeit kennen. Scharfe Aufmerksamkeit auf unrichtiges Verhalten von Offizieren jeden Alters, die dadurch der Gemüthsruhe des Offizierskorps und damit dem inneren Gefüge des Heeres schaden, ist geboten. Die Lebenshaltung und Lebensführung jedes Offiziers muß vorbildlich sein.“

Wer zwischen den Zeilen lesen kann, weiß genug. Derartige Maßnahmen werden doch nur erlassen, wenn tatsächlich das Gegenteil der Geschichte vorliegt. Uebersehen man Hindenburgs Mahnung ins Konkrete, so bedeutet sie: Es fehlt an der Fürsorge der Offiziere für das leibliche Wohl des Soldaten, richtigen Verhalten von Offizieren ist häufig, die Lebenshaltung und Lebensführung der Offiziere sind nicht vorbildlich.

Wenn die Sozialdemokratie dies ausspricht, hat es jedesmal ein Zutagegekommen. Es wurden sogar noch bis in die jüngste Zeit Strafen wegen Beleidigungen des Offizierskorps verhängt. Hindenburg bestätigt, daß unsere Beobachtung richtig war. Ja, in einem weiteren Erlaß vom 26. September 1918 (neues Dokument 10e) führt Hindenburg ausdrücklich das Nachlassen der Disziplin und das Sinken der Kampfkraft mancher Truppenteile nicht auf die Soldaten, sondern auf „Verminderung der Leistungen und der inneren Geschlossenheit einzelner Offizier- und Unteroffizierskorps“ zurück.

Der Obersten Heeresleitung muß gesagt werden, daß auch sie leider für alle diese Mißstände erst im Augenblick der Niederlage Organ und Gefühl hatte. Die vielfachen und rechtseitigen Kritiken der Sozialdemokratie hat sie, solange die Dinge an der Front gut gingen, in den Wind geschlagen.

Ein Beweis mehr, daß die Front nicht von hinten, sondern höchstens von oben erdolcht worden ist.

## Wirtschaft

### Generalversammlung der „Deutschen Werke“.

Die dem Reich gehörigen Deutschen Werke hielten gestern, Dienstag, in ihrem Verwaltungsgebäude Berlin-Wilmersdorf die Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1923 ab. Zu der vorliegenden Bilanz, die als Papiermarkbilanz keinen Rückschlus auf den wirklichen Stand des Unternehmens zuläßt, wurde mitgeteilt, daß ein Auftragsbestand für zwei bis drei Monate vorhanden ist, jedoch hat sich der Zugang an neuen Aufträgen sehr verlangsamt und ist augenblicklich sehr gering. Als Auftragsgeber fällt besonders die Hauptabnehmer der Deutschen Werke, die Landwirtschaft, fort. Infolge der herrschenden Geldnot verlangt diese Zahlungsstundung, was für das Unternehmen selbst die Notwendigkeit einer empfindlichen Betriebskapitalerhöhung bedeutet. Günstiger als die kaufmännische Lage hat sich die technische Entwicklung gestaltet, die hoffnungsvollen Ausblicke für die Zukunft gewährt. Besonders wird die Konzentration im Unternehmen fortgesetzt, um möglichst bald die Wiederherstellung einer vermehrten Arbeiterschaft zu ermöglichen. Die Verwaltung ist davon überzeugt, daß, wenn die gegenwärtige Krise nicht allzu lange anhält, die Deutsche Werke A.-G. die wirtschaftliche Depression überwinden wird. Die Goldmarkbilanz ist fertiggestellt, ihre Veröffentlichung hängt von einer möglichen Ueberprüfung über die Verhältnisse im Reich ab. Das Geschäftsjahr beginnt in Zukunft ab 1. Oktober. Dafür sind Gründe betriebswirtschaftlicher Art ausschlaggebend gewesen, z. B. eine zu erzielende größere Genauigkeit in der Inventuraufnahme.

Direktor Heinrich führte im Anschluß an die Erledigung der Geschäftsergebnisse u. a. aus, daß während der Inflationszeit nur schüchtern Experimente versuchsweiser Besserungen im Betrieb vorgenommen werden konnten. Erst mit der Goldmarkbilanz wird sich das zerrüttete Bild unserer Wirtschaft zeigen. Während der Inflation hat die Wirtschaft vom Staate gelebt. Jetzt lebt aber der Staat von der Wirtschaft. In Wirklichkeit bedeutet das nur eine Uebertragung des Schadens. Die Währung ist zu guter Letzt nur durch Kreditrestriktionen stabil geworden. Diese Anspannung hat aber den Rest des Koniums auf ein Minimum eingeschränkt. Dazu kommen die hohen Zinsen. In guten Zeiten rentierte sich das Industriekapital im Durchschnitt mit 4 1/2 Proz., bei ganz guten Werken und Unternehmungen mit 12 Proz. Wenn heute aber 36 bis 40 Proz. verlangt werden, so muß diese Zinsforderung zur Aufzehrung der vorhandenen Substanz führen. Im großen und ganzen kann betont werden, daß wir wohl eine stabile Währung haben, daß aber, wenn keine Besserung des gegenwärtigen Zustandes eintritt, die wirtschaftlichen Quellen versiegen müssen. Von diesem Standpunkt aus kommt man zu folgenden Forderungen: Wir brauchen höchste Arbeitsintensität und billiges Geld. Nachdruck verdient die Forderung nach billigem Kapital. Und hier kann gesagt werden, daß ohne ausländisches Geld eine Sanierung der deutschen Wirtschaft unmöglich ist.

Herr Heinrich schloß seine interessanten Ausführungen mit einem Appell an die politischen Parteien des Reichstages, ihre Arbeiten zu beschleunigen. Beschließt das nicht, dann wäre jedes Bemühen in der Wirtschaft umsonst.

Soweit unser Bericht. Wenn sich Direktor Heinrich gegen die hohen Zinssätze für Leihkapital wendet und im Zusammenhang damit die Kreditpolitik der Reichsbank angriff, so liegt hier eine Verwischung zweier ganz verschiedener Vorgänge vor. Gewiß, die Reichsbank hat ihre Kredite eingeschränkt. Aber sie vergräbt ihre Kredite, deren Summe um 50 Proz. höher ist als vor dem Kriege, für 10 Proz. her, was noch eine geringe Provision kommt; die künstliche Verteuerung des Leihgeldes auf 36 bis 40 Proz. ist eine Folge der wucherischen Geldpolitik der Privatbanken. Das wird gerade von denjenigen Leuten so gern verschwiegen, die die Kreditpolitik der Reichsbank angriffen. Deutschland ist, wie wir kürzlich an einer Gegenüberstellung aufzeigten, das einzige Land der Welt, in dem heute der Privatbankrott über dem offiziellen Geldbankrott liegt. Das sollte doch zu denken geben. Wenn die Reichsbank heute das Inflationsschicksal der Kredite gewährt wie vor dem Kriege, wenn trotzdem der ungeheure Kreditwucher möglich ist, so kann man dafür doch nicht die Reichsbankpolitik verantwortlich machen, sondern man muß die Gründe tiefer suchen. Sie liegen in der ungeheuren Nachfrage nach Bargeld, die entstanden ist mit der durch die Flucht in die Sachwerte während der Inflation vollzogenen Immobilisierung der flüssigen Betriebsmittel. Keine Volkswirtschaft der Welt kann es sich leisten, fünf Jahre lang ihr ganzes geschäftliches Handeln auf den Grundfuß einzustellen, daß der Sachwert alles, das harte Geld nichts ist. Versucht man dennoch eine Wirtschaftsführung auf dieser Basis — und der deutsche Kapitalismus hat entgegen den sozialistischen Warnungen dieses Spiel gewagt —, so muß in demselben Augenblick, wo normale Kreditbedürfnisse eintraten, ein ungeheurer Kreditbedarf die Folge sein. Ihm ohne weiteres nachzugeben, heißt nichts anderes, als durch überreichliche Gewährung von Krediten die Gefahr einer neuen Inflation, eines neuen Währungssturzes mit allen seinen Folgen heraufbeschwören!

Der Leiter der Deutschen Werke ist feiner an der Reichsbankpolitik geübt als nicht ganz sicher. Sonst hätte er nicht eine Sanierung der Wirtschaft ohne Auslandskredite als unmöglich hingestellt und von den politischen Parteien beschleunigte Arbeit — offenbar zur Herstellung der Kreditbasis — verlangt. Das Eingeständnis und die Forderung sind gleich wichtig. Wenn es wahr ist, daß die Wiederherstellung der Wirtschaft ohne Auslandskredite unmöglich ist, so ist es unbillig, sie von der Reichsbank allein zu erwarten. Dann ist es aber in der Tat notwendig, daß durch Annahme des Dawes-Guthachs die Grundlage für eine ausgedehnte Kreditgewährung des Auslandes an die deutsche Wirtschaft hergestellt wird. Diese Forderung wurde von der Sozial-

demokratie seit der Bekanntgabe des Gutachtens vertreten. Sie wird hier als richtig bestätigt von einem Wirtschaftsführer, der wiederholt von Rechtsparteien für sich in Anspruch genommen wurde.

### Reise und Arbeitsmarkt.

Im Reichsarbeitsblatt vom 16. Juni 1924 wird für den Monat Mai das Einsetzen einer rückläufigen Bewegung auf dem deutschen Arbeitsmarkt festgestellt.

Nach den besonderen Berichten der wirtschaftlichen Fachverbände, Handelskammern und Bundesarbeitsämter (sowie von rund 2000 einzelnen Industriebetrieben an die Reichsarbeitsverwaltung ist der Auftragsengang in den verschiedenen Zweigen der Industrie wesentlich schwächer geworden. Die Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt war vorerst noch nicht so erheblich, weil die Betriebe im wesentlichen noch an älteren Bestellungen weiter arbeiten konnten und die Notwendigkeit schneller Kapitalumschlags vielfach zu Entstellungen neuer Arbeitskräfte nötigte zum mindesten da, wo es sich darum handelte, die infolge von Arbeitsfreigabungen verzögerte Erledigung von Aufträgen zu beschleunigen. Dadurch wurden die Fälle ausgeglichen, in denen Unternehmungen aus Auftrag- oder Kapitalmangel bereits im Mai Arbeiter entließen. Im ganzen hat sich die Zahl der Arbeitslosen nach den vorliegenden Ergebnissen noch nicht gesteigert, sie ist vielmehr noch im leichten Abnehmen begriffen. Der Arbeitsmarkt wies im Mai vorerst im allgemeinen nur Anzeichen für ein wachsendes Angebot von Hilfsarbeiten bei zum Teil noch zunehmendem Mangel an Spezialarbeitern auf. Aber die wirtschaftlichen Wirkungen mangelnder Aufträge und der Kapital- und Kreditknappheiten machten sich für die Betriebe bereits stark fühlbar. In verschiedenen Wirtschaftszweigen kam es im Mai zum Abstoßen von Waren zu herabgesetzten Preisen infolge bringenden Kapitalbedarfs. Immerhin hat sich diese unvermeidliche Selbsthilfe der Wirtschaft noch nicht in dem erforderlichen Umfang ausgewirkt, um eine bessere Aufnahme der Nachfrage des Auslandes wie des Inlandsmarktes herbeizuführen.

### Zuspitzung der Valutafrage in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Die Ablehnung der Valuta- und Wirtschaftspläne des Kabinetts Staining durch die reaktionäre Landstingensmehrheit hat eine unheilbare Gespaltung geschaffen, so daß der Vorstand der Valutazentrale Regierung und Parlament auffordern mußte, umfangreiche Maßnahmen noch vor den parlamentarischen Sommerferien zu schaffen. Begründet wurde die Forderung mit dem Hinweis, daß andernfalls der gegenwärtige Kurs der dänischen Krone nicht zu halten wäre. Bisher ist er durch scharfe Rationalisierung der fremden Valuten und Zuhilfenahme der Nationalbank gestützt worden. Die Valutazentrale weist aber darauf hin, daß diese Mittel zu verfallen beginnen gegenüber einer einsetzenden direkten und indirekten Kapitalflucht durch Bezahlung von Valutarrechnungen vor Verfall, Stebenlassen von Geldern im Ausland auf Markt, Sterling- und Dollarkonten.

Die Devisenzentrale entwirft selbst einen Plan, einen neuen Kronensatz zu verhindern und weist in diesem Zusammenhang besonders auf die tief zerrütteten Verhältnisse der Staatsfinanzen hin. Statt der sechsjährigen Unterbilanz müsse das dänische Budget in den nächsten Jahren allem jährlich 30 Millionen Ueberfluß zur Auszahlung verfallender Anleihen erzielen. Um aber dem Erwerbsebenen die zur Deckung der außerordentlichen Steuerlasten ohne Geschäftslöschung nötigen Kredite zuzuführen, schlägt die Valutazentrale die Aufnahme einer neuen Auslandsanleihe von 40 Millionen Dagar vor, von denen 10 Millionen dem nordischen Valutabank zur Verfügung stehen sollen und 30 Millionen in die rekonstruierte Landmannsbank gesteckt werden müßten! Gerade die letzte Entschlüsselung beleuchtet blickartig die finanzielle Situation, die fast ein 1906/07 erinnert, wo die finanziellen Verhältnisse mit tiefen Krisen dem Zusammenbruch von 1908 entgegengingen.

Die dänische Sozialdemokratie hat ebenso wie die Bankleute der Devisenzentrale die drohende Gefahr erkannt. Mit den Mitteln, die diese vorschlagen (neue, indirekte Steuern, direkte Steuererhöhungen auf niedrige Einkommen, neue Gelder für die Landmannsbank, bei der die Nationalbank schon 180 Millionen zugewandt hat) kann sie sich nicht einverstanden erklären. Doch wird die bittere Notwendigkeit hier eine Brücke finden. Im Augenblick verhandelt Staining mit der Valutazentrale. Wahrscheinlich wird dem dänischen Landsting noch ein neuer Valutaplan vorgelegt. Von ihm hängt ab, ob er in die Sommerferien gehen oder arbeiten will. Das dänische Wirtschaftsgebäude triffert in den Fugen; packt man nicht zu, dann ist das Schlimmste zu befürchten.

Liquidierung oder Umgestaltung der Rentenbank? In der letzten Woche ist im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Rentenbank gemäß dem Dawes-Guthachs zu liquidieren, die Forderung erhoben worden, die Bank in ein Kreditinstitut für die Landwirtschaft umzuwandeln. Wahrend für diese Forderung war die Unmöglichkeit der Landwirtschaft, die Rentenbank-Kredite (ungefähr 850 Millionen) in Kürze zurückzuzahlen und die Unrentierbarkeit von Dreimonatswechseln im landwirtschaftlichen Kredit. Man denkt sich die Regelung in der Art, daß die Schuld der Landwirtschaft neben der des Reiches weiter bestehen bleibt und mit ihr die Belastung der Landwirtschaft. Die Bank würde so in eine Währungs- und in eine Darlehensbank geteilt. Die erstere löste in 10 Jahren zum Erlöschen, während die zweite zu einem reinen Agrarkreditinstitut entwickelt werden soll. Für den Plan sprechen eine ganze Reihe von Argumenten, die bereits oben angedeutet sind, gegen ihn aber der wichtige Umstand, daß durch ihn die geplante reine Goldwährung gestört würde. Das Finanz- und das Erwerbsministerium haben sich, wie wir erfahren, mit dieser Materie eingehend beschäftigt und schon einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, dem Vorschläge der Rentenbank zugrunde liegen sollen.

## Einladung zur Baubefichtigung

In Johannisthal b. Berlin wird i. d. Waldstraße eine großzügige Siedlungs-Anlage (18 Doppelwohnhäuser nach Entwurf v. Prof. Dr. Soeder-Casseh) unter Anwendung der „AMBI-Massiv-Bauweise“ (D. R. P. errichtet, deren Ausführung sich jetzt im interessantesten Abschnitt befindet. Es wird auch die Herstellung von Bausteinen und Dachziegeln durch eine AMBI-Ziegelei gezeigt und dabei der Ries-Sand aus der Baugrube verarbeitet. Besichtigungen unter Führung von Fachleuten finden statt am 20., 21. (9-5 Uhr) und 22. Juni (nur 9-12 Uhr). Behörden, Siedlungsvereine, Baufachleute und Bauinteressierte werden zur Besichtigung eingeladen. Wichtig für jeden, der mit der heutigen allgemeinen Wohnungsnot unzufrieden ist und sich für wirtschaftliches, Zeit, Geld und Kraft sparendes Bauen interessiert. **AMBI-Maschinenbau A.-G., Berlin SW 68** Kochstr. 18. Fernruf: Zentrum 157 60-67. Suederbrunnweg ab Stadtbahn alle Züge, die nach Niederlehndorfer-Weide, Johannisthal oder Spindlerfeld oder Grünau fahren. Zugfolge alle 10 Minuten. Sonntags frühlich vier Züge. — Ab Siedlung alle Züge nach Grünau-Kummelsburg (in Richtung in die Züge nach Niederlehndorfer-Weide, Johannisthal oder Spindlerfeld oder Grünau umfassen). Zugfolge alle 10 Minuten. — Direkte Züge über Bahnhof Köpenick alle 10 Minuten ab Köpenick, Grünau, Köpenick, Köpenick, Köpenick. — Auf Bahnhof Niederlehndorfer-Weide, Johannisthal, Siedlung, zum Siedlungsplatz benutzen.



Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen. Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung. Herstellerin W. Splader A.-G., Berlin C. 19

### Hühneraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.